p.s.

WIR LEBEN ELTERNZEIT
PRAXIS-ERFAHRUNG ZWEIER UNTERNEHMERINNEN
SP

Jetzt anmelden:
spkantonzh.ch/ez
Monika Kobialko, MSD
Mo, 11.04.22, 19:15
Nadine Jürgensen, elleXX
Zentrum Karl der Grosse

Politeratour

Baummorde und neues Erblühen in Mostindien

S. 18 – 19

Abstimmung Filmgesetz

Monopole gegen die Schweizer Filmbranche?

S. 12 – 13

Japanisches Sozialverhalten

Die Fassade und das emotionale Leben dahinter

S. 23

Archiv Mosterei Möhl AG, Arbon

14

Nr. 14/22 08.04.22 SFr. 4.–
AZA 8004 Zürich Post CH AG

Erinnern

Stephane Ferrer Yuliant

Die Schnelllebigkeit der medialen Erregung nimmt bekanntlich wenig Rücksicht auf über diese Aufmerksamkeitsspanne hinausreichendes Leid. Der jüngste Militärputsch in Myanmar, formerly known as Burma, hat sich am vergangenen 1. Februar schon wieder einmal gejährt, ohne dass damit eine Veränderung zum Besseren bezüglich der Menschenrechtslage für die Bevölkerung einhergegangen wäre. Wer daran erinnert, sind aktivistische Kunstschaffende wie der Argentinier Marcelo Brodsky, der sich mit jungen burmesischen KünstlerInnen (im Exil) kurzschliesst und über einen inszenierten Dialog der verschiedenen Arbeiten und Medien gegen das Vergessen arbeitet. «Stand for Democracy: Myanmar» ist der lokale Ableger einer international ausgerichteten Human Rights Art Initiative, die unter anderem auch Projekte zur Selbsthilfe kenntlich machen will, die beispielsweise die Kraft der Kunst als Mittel zur Traumabewältigung einsetzen. froh.

«Stand for Democracy: Myanmar», bis 17.4., Photobastei, Zürich.

Populismus

Über ein Dutzend internationale Künstlerkollektive treten unter dem Titel «Bring in Weight» in Erscheinung, um mittels künstlerischer Intervention – von Film über Performances, Bildende Kunst bis zum Wort – dem grassierenden Populismus die Stirn zu bieten. Ein Boxmatch ergänzt den Battle zwischen Rapper und Perkussionist in der Absicht, den Kampf zwischen Solidarität und Nationalismus symbolhaft eindringlich zu übermitteln. Ein Film über zwei Mädchen im Zoo, die sich über Bildung unterhalten und dabei auf philosophische Theorie zurückgreifen, löst den Karrierefokus, also auch die Ichbezogenheit von Wissensmehrung auf. Auf die physische Befreiung von Zwängen folgte mit der Digitalisierung eine erneute Methodik der Normierung, wogegen anzukämpfen die Mittel erst noch gefunden werden müssen. Zwei verschiedene Abende mit halb- bis einstündigen Interventionen, die helfen, das Denken neu zu sortieren. froh.

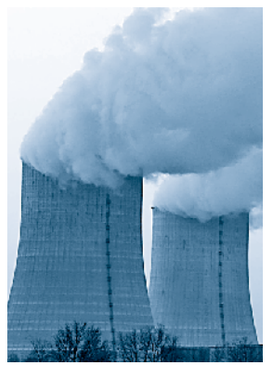
«Bring in Weight», Fr/Sa, 8./9.4., 19h, Kunstraum Walcheturm, Zürich.

Widerstand

Ein Leben gegen den Strich. Mikis Theodorakis (1925 – 2021) war Widerstandskämpfer gegen die Nazis, engagierte sich im griechischen Bürgerkrieg für die linke Idee, stellte sich gegen die Militärdiktatur. All das sehenden Auges und die Strafen von Internierung, Folter und Exil in Kauf nehmend und ertragend. Als Komponist, Politiker und Essayist war er ein unermüdlicher Mahner für die Freiheit. «Sein Leben war so bewegt wie das Jahrhundert, seine Musik stärker als Waffen und Verbote», steht über dem Erinnerungsabend von Dagny Gioulami und Jesko Stubbe an den im letzten September verstorbenen griechischen Volkshelden. Ein Ensemble aus Schweizer und griechischen MusikerInnen nimmt sich seiner weniger bekannten Kompositionen an, während dazwischen gestreute Lyrik und Brandreden sowie biographische Fragmente an seinen Widerstandsgeist und sein künstlerisches Erbe erinnern. froh.

«Mikis Theodorakis – Musik, Lyrik, Freiheit», Sa, 9.4., 20h und So, 10.4., 19h, Clubraum, Rote Fabrik, Zürich.

Verzicht?



Das jahrzehntelange Duell zwischen (grünen) Fundis und Realos schien bis eben noch vorgestrig, weil versickert, vom technischen Fortschritt überholt. Von Verzicht jedenfalls spricht niemand mehr (laut). Stattdessen birgt die Mottenkiste von einst noch immer untote Ideen für demnächst. Die Atomkraft soll Klimaschutz und Energiehunger als Problemblöcke erledigen. Vergleichbar mit den märchenhaften «Sieben auf einen Streich». Nach zwei Dokumentarfilmen – «Strahlendes Comeback. Rettet die Atomkraft das Klima?» (2021) von Greta Zimmermann und Stefan Ebling und «Risiko Atomkraft. Europas Pannenmeiler» (2016) von Hartmut Idzko – diskutieren Heini Glauser (gemäss ‹Aargauer Zeitung› «der standhafteste Schweizer Atomgegner») und Tarek Halmi von den Jungfreisinnigen über das Potenzial und die Gefahren der sogenannt kontrollierten Kernspaltung (die -fusion steckt ja noch in ihren Kinderschuhen). froh.

«AKW-Debatten gestern und heute», Do, 14.4., 19.30h, Clubraum, Rote Fabrik, Zürich.

Leidensweg

Passt. Im liturgischen wie im profanen Sinn. Wenn Patti Basler ihre Nachhilfestunde in abgründiges Menschsein auch am Karfreitag abhält, ist das Gottesdienst und Leidenserinnern zugleich. Die anspruchsvolle Fülle an Beispielen, weshalb der Sinn nach dem grüneren Grün anderswo zeitgleich allzumenschlich wie im Kern ebenso unmenschlich ist, bedarf publikumsseitig einer hohen Konzentration. Denn formal lockt sie das Denkvermögen auf die Fährte der Faulheit und überrascht dann die über einem hereinbrechende Bequemlichkeit, sich dem Vorurteil noch so gerne hinzugeben, mit einer vollends neuen Perspektive und entlarvt jede Gedankenträgheit als vielleicht doch nicht der Weisheit letzter Schluss. Schon auch anstrengend, klar. Aber auch eine formidable Gelegenheit zur Selbstüberprüfung, ob man nun tatsächlich selber zu denken vermag oder eben doch nur denkt, dass man denkt. Amen und so. froh.

Patti Basler/Philippe Kuhn: **«Nachsitzen. Aus Gründen»,** Do/Fr, 14./15.4., 20h, Millers, Zürich.

Fertig geklempnert!

Mehrere Fraktionen im Zürcher Gemeinderat haben ein neues Präsidium: Was haben die Neuen an der Spitze vor, wo setzen sie Akzente? Der Fraktionspräsident der AL, David Garcia Nuñez, macht im Gespräch mit Nicole Soland den Anfang.

Was ändern Sie als neuer Chef der AL-Fraktion?

David Garcia Nuñez: Muss ich denn etwas ändern? Seit 1994 ist die AL-Fraktion stetig gewachsen, und heute stehen wir trotz aller Widrigkeiten auf einer soliden Grundlage. Ich muss die AL-Fraktion daher nicht neu erfinden, aber wohl einige Sachen verbessern.

Etwa den Ruf Ihrer Fraktion, von Männern dominiert zu sein, die bestimmen, wo's langgeht?

Genau. Ich muss solche Vorurteile bekämpfen. Unsere Fraktion hatte von 2018 bis 2021 einen Frauenanteil von 50 Prozent, im Kantonsrat beträgt er zwei Drittel. Wir sind nach wie vor die einzige Partei, die eine trans Person in ihren Reihen hatte. Ja, es wurde eine Gemeinderätin abgewählt. Umgekehrt kommt auch Tanja Maag Sturzenegger neu in den Rat und wird direkt Vize-Fraktionspräsidentin. Aber wenn die Medien stets dieselben männlichen Exponenten zitieren, glauben alle irgendwann, bei uns politisierten keine Frauen.

Ich werde deshalb als Fraktionspräsident nicht zu jedem Thema zur Verfügung stehen. Es gibt in der AL äusserst kompetente Frauen, die für sich reden können. Wir sind und bleiben auch in geschlechtlicher Hinsicht bunt, divers und laut. Neu jetzt aber sichtbarer.

Sie haben bei den Wahlen nebst zwei Sitzen auch Ihren einzigen Stadtrat verloren.

Dass wir nicht mehr im Stadtrat vertreten sind, macht einerseits einen grossen Unterschied, andererseits aber auch nicht: Zwischen der Fraktion und Richard Wolff stand unsere ‹chinesische Mauer›. Wir behielten uns stets vor, uns gegen ihn wie auch gegen die anderen StadträtInnen zu stellen, wenn

David Garcia Nuñez, Fraktionspräsident der AL. zVg

es nötig war. Umgekehrt hat er viel erreicht, Tempo 30 beispielsweise und das Festlegen des Netto-Null-Ziels auf 2040, und das als einer von neun StadträtInnen. Auch wenn in Zürich Rot-Grün an der Macht ist, spielt und spielte die AL eine wichtige Rolle.

Wo setzen Sie inhaltliche Schwerpunkte?

Wir werden uns weiterhin zu Gesellschaftspolitik, Stadtentwicklung oder polizeilicher Überwachung zu Wort melden und dem Stadtrat und den anderen Fraktionen auf die Finger schauen. Derartige Katastrophen wie bei der Basishilfe dürfen sich nicht wiederholen. Wir haben vor der juristischen und ethischen Dimension dieser schlecht formulierten Vorlage gewarnt. Die SP hat nicht auf uns gehört, sondern den Druck erhöht und mit einer Petition gegen die AL nachgedoppelt. Nun ist das Ganze wie vorausgesagt abgestürzt.

In der letzten Legislatur übernahmen wir häufig die Klempnerrolle, um rot-grüne Vorlagen zu retten. Wir werden uns zukünftig gegen solche Schnellschüsse wehren. Unter der Gefahr, dass damit nicht jede Kirche im Dorf bleiben wird.

Diverser aufgestellt

Das neue Co-Fraktionspräsidium der Grünen im Zürcher Gemeinderat steht bereit: Wie Monika Bätschmann und Selina Walgis ihr Amt anpacken, erklären die beiden im Gespräch mit Nicole Soland.

Welche Veränderungen haben Sie als neues Co-Fraktionspräsidium der Grünen vor?

Monika Bätschmann: Markus Kunz hat während vieler Jahre eine super Arbeit geleistet, wir müssen sicher nicht alles neu erfinden. Aber mit zwei Frauen aus zwei verschiedenen Generationen, mit ‹alt› und ‹jung›, ergeben sich auch neue Sichtweisen.

Selina Walgis: Als Frauen sind wir beispielsweise stärker sensibilisiert für Gleichstellungsthemen und werden diesen mehr Raum geben.

Wie wird sich das auf die Arbeit in der Fraktion auswirken?

M.B.: Wir stellen sicher nicht alles auf den Kopf, und es geht auch nicht darum, zu behaupten, Frauen seien in der Politik besser. Aber mir gefällt der Spruch einer deutschen Politikerin, die sagte, «Politik ist eine viel zu ernste Sache, um sie allein den Männern zu überlassen». In der kommenden Legislatur stehen wichtige Themen an wie etwa die Umsetzung der Richtpläne, nach der Abstimmung die Umsetzung des Netto-Null-Ziels. Was dazu beschlossen und umgesetzt wird, hat Auswirkungen auf die ganze Bevölkerung.

S.W.: Wir sind neu auch diverser aufgestellt, mehr junge Menschen stossen zur Fraktion, womit wir künftig noch näher an der Bevölkerung politisieren können.

Aber geht damit nicht auch Erfahrung verloren?

M.B.: Wir haben immer noch einen guten Stamm von Fraktionsmitgliedern mit viel Erfahrung, und wir werden das Gotte-/Götti-System, das es bisher schon gab, noch besser pflegen. Im neu gewählten Fraktionsvorstand sind sowohl erfah-

Selina Walgis (l.) und Monika Bätschmann, Co-Fraktionspräsidentinnen der Grünen. zVg

rene wie auch neue Mitglieder vertreten.

S.W.: Auch eine gute Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen ist uns sehr wichtig, denn die Grüne Fraktion kann grosse ‹Brocken› wie etwa die Netto-Null-Thematik nicht allein bewältigen. Ein grösseres Augenmerk werden wir auf die Kommunikation gegen aussen legen, auch via Social Media: Die Bevölkerung soll wissen, was wir gemacht und erreicht haben.

Was packen Sie inhaltlich an?

S.W.: Nebst unseren Themen wie etwa dem Klimaschutz sind uns auch soziale Themen wichtig. Darum sind wir neu mit zwei Mitgliedern statt nur einem in der Sachkommission Sozialdepartement vertreten.

M.B.: Themen wie die Basishilfe, aber auch die Wohnungsnot werden uns sicher beschäftigen.

S.W.: Auch die psychologische Unterstützung, beziehungsweise der Mangel daran, wird eines unserer Themen sein. In der Migrationspolitik werden wir aktiv mitarbeiten: Dieses Thema ist angesichts der geflüchteten Menschen aus der Ukraine aktuell und dürfte uns noch eine zeitlang beschäftigen. Als Lehrerin für Deutsch als Zweitsprache bin ich auch im Schulbereich am Puls des Geschehens.

Steuerrabatt bei Krankenkassen

Sowohl die Initiative der AL für eine leicht höhere Besteuerung der Dividenden eher grosser Aktionäre als auch jene der SVP für höhere Abzüge bei den Krankenkassenprämien hatten im Kantonsrat am Montag keine Chance. Für die SVP gab es immerhin ein Zückerchen.

Koni Loepfe

Vor zwei Wochen vertrat Niklaus Scherr im Zürcher Gemeinderat als Vertreter des Initiativkomitees den Kauf des Neugasseareals im Stadtzürcher Kreis 5 (P.S. vom 25. März). Diesen Montag versuchte er als Gast des Initiativkomitees, die KantonsrätInnen für eine leicht höhere Besteuerung von FirmeninhaberInnen zu gewinnen, die mehr als 10 Prozent an einer Firma besitzen und sich Dividenden ausbezahlen. Diese Auszahlungen müssen derzeit zu 50 Prozent als Einkommen versteuert werden. Die Initiative der Alternativen Liste verlangt 70 Prozent, womit sich der Kanton Zürich dem Satz des Bundes und der Mehrheit der Kantone angliche, allerdings nicht der rund um Zürich liegenden Kantone.

Ein(e) FirmeninhaberIn kann sich ihre Entschädigung grundsätzlich in zwei Varianten auszahlen: als Lohn oder als Dividenden. Letztere besitzen den Vorteil, dass man sie im Kanton Zürich seit der Steuerreform nur noch zur Hälfte versteuern muss und dass für sie – im Gegensatz zu einem Lohn – keine AHV-Beiträge bezahlt werden müssen. Diese Vergünstigung hat zwei Begründungen: Erstens zum Vermeiden der Doppelbesteuerung (als Gewinnsteuer der Firma und Privatsteuer des Firmenbesitzers), und zweitens wollte man mit der eidgenössischen Steuerreform die Unternehmen entlasten. Das Argument der Doppelbesteuerung trifft auf einige Steuerarten zu. Relevanter indes: Damit ein Gewinn steuerlich trägt, muss er mehr als ein paar Franken betragen.

Das ist insofern von Belang, als die RednerInnen der bürgerlichen Parteien mit den gut 100 000 betroffenen KMU argumentierten, denen als Stütze der Zürcher Wirtschaft eine Steuererhöhung schade. Sie könnten ja den Kanton verlassen oder neue KMU nicht zuziehen. Dieses Argument zieht insofern wenig, als es nur jene wirklich trifft, die bei einem guten Gewinn etwas mehr Steuern gut verschmerzen können. Einschenken tut es, wie Niklaus Scherr und andere RednerInnen der linken Ratsseite betonten, vor allem bei den grossen Familienfirmen, wie etwa Ringier, Tagesanzeiger oder Ems Chemie. Bei den Summen, die hier als Gewinn verteilt werden können, spielt eine Erhöhung der Besteuerung der Dividenden von 50 auf 70 Prozent, wie es die Initiative verlangt, eine Rolle. Die 70 Prozent könnten zudem dazu führen, dass die grossen AktienbesitzerInnen respektive ihre Firmen mehr als vor der Senkung der Gewinnsteuer bezahlen würden. Was die bürgerliche Seite sofort dazu bewegte, eine etwas höhere Dividendensteuer (etwa 60 Prozent) als Möglichkeit allenfalls ins Auge zu fassen, wenn die zweite Senkung der Gewinnsteuer erfolgt sei. Wer's glaubt, wird selig.

Stefan Feldmann (SP) und Jasmin Pokerschnig (Grüne) fanden, dass es aus Steuergerechtigkeit keinen Grund gebe, Dividenden gegenüber normalen Einkommen zu bevorzugen. Melanie Berner (AL) betonte, wie moderat die Initiative für AL-Verhältnisse sei, und Markus Bischoff (AL) sieht einfach keinen Grund zur Bevorzugung einer kleinen Reichenschicht von etwa 200 Leuten. Die Erhöhung auf 70 Prozent brächte dem Kanton etwa 45 Millionen Franken ein, was vor allem Finanzdirektor Ernst Stocker mit ziemlicher Vehemenz bezweifelte. Er erwähnte, dass 1,8 Prozent der Reichsten im Kanton Zürich rund ein Drittel der Steuern ablieferten. Wandern einige der reichsten Familien aus Steuergründen ab (dazu müssen sie den Wohnsitz nicht zwingend verlegen), könnte es deutlich weniger sein. «Zürich lebt nicht auf einer Insel, sondern in einem Wettbewerb und besteuert die Reichsten relativ hoch.» Sein Votum spielte für das klare Abstimmungsergebnis von 109:60 Stimmen (die GLP sah ihr Heiligtum, die Startups, in Gefahr) keine Rolle. Es könnte aber in der Volksabstimmung verfangen.

Weniger Einnahmen erwünscht

Bei der SVP-Initiative für höhere Steuerabzüge bei den Krankenkassenprämien (1000 Franken mehr pro Erwachsenen, 200 Franken pro Kind) ging es um deutlich mehr Geld: Je rund 150 Millionen Franken weniger Einnahmen erzielen die Gemeinden und der Kanton bei der Umsetzung der Initiative, je 200 Millionen Franken bei der Motion von Stefan Schmid (SVP), die die Krankenkassenprämie ganz von den Steuern abziehen will. Zudem soll sich eine Anpassung des Abzugs am Durchschnitt der Prämienhöhe und nicht am Index orientieren. Die SVP argumentierte auf zwei Ebenen: Punkto Abzug erklärte Stefan Schmid, dass diese Ausgabe obligatorisch und insofern nicht beeinflussbar sei. Das träfe erstens, wie Jasmin Pokerschnig (Grüne) ausführte, etwa auf die Wohnung oder die Lebensmittel genauso zu, und zweitens stimmt es nur bedingt: Mit der Auswahl der Krankenkasse und der Versicherungsart kann jede und jeder diese Kosten beeinflussen. Die zweite Argumentationslinie kam von Ueli Bamert (SVP): Wenn der Staat 150 Millionen Franken weniger einnehme, sei dies eine willkommene Abmagerungskur, und dies käme den SVP-Wählern zugute. Das sind «arbeitssame Personen, die den Staat kaum je benötigen und von ihm vor allem in Ruhe gelassen werden wollen».

Die linke Ratsseite fand, diese Steuerabzüge hülfen vor allem den Gutverdienenden und würden dem unteren Mittelstand kaum etwas nützen. Mit dem zweiten Argument fanden sie auch die Zustimmung der FDP, der GLP, der Mitte und der EVP, die alle fanden, die Wirkung stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten. Da sie indes zusammen mit dem Regierungsrat der Initiative in der Volksabstimmung eine gute Chance geben, plädierten sie mit einem Teil der SP für einen Gegenvorschlag, der bei den Erwachsenen eine Erhöhung des Abzugs um 400 Franken auf 2900 Franken vorsieht und die Gemeinden und den Kanton je rund 50 Millionen Franken kosten wird. Mist bleibt Mist, führte dazu Melanie Berner (AL) mit etwas netteren Worten aus und begründete so ihr Nein zum Gegenvorschlag, der mit 120:49 Stimmen durchkam. Über die Initiative wird in etwa vier Wochen abgestimmt und dann wohl im Herbst an der Urne. Die Motion von Stefan Schmid hatte keine Chance.

Überwiesen wurde nach einem Suchen im Nebel ein Postulat von David Galeuchet (Grüne) für einen Bericht über das Fliegen des Personals des Kantons Zürich. Die Debatte war ein Paradebeispiel, wie sich etliche KantonsrätInnen ohne eigene Anstrengung und Grundlage profilieren wollten. Statt sich mit einer schriftlichen Anfrage (oder einem Telefonanruf) zuerst nach der Relevanz zu erkunden, zieht man einen Auftritt vor, bei dem man erst noch zugibt, wenig über das konkrete Thema zu wissen. Oder man fragt wie Beat Habegger (FDP) den Regierungsrat in vorwurfsvollem Ton, warum er den Vorstoss zur Prüfung entgegennehmen wollte. Ernst Stocker war ehrlich: «Ich wollte damit eine Diskussion verhindern, womit ich mich getäuscht habe.»

Eine Fraktionserklärung der Klimaallianz verlangt einen Uran-Import-Stop aus Russland durch die Axpo.

Ausflugsziele in der Stadt

Der Zürcher Gemeinderat zügelt nicht sofort zurück ins Rathaus und nimmt fünf Gastrobetriebe am Seebecken in den Regionalen Richtplan Landschaft auf.

Nicole Soland

Manchmal geben im Zürcher Gemeinderat Geschäfte viel zu reden, von denen man im Vorfeld denken würde, sie müssten eigentlich glatt durchgehen. An der Sitzung vom Mittwochabend war das zum Beispiel beim Traktandum «Beschlussantrag» der Fall. Eingereicht hatten diesen die FDP-, SVP-, GLP- und AL-Fraktion und die Parlamentarische Gruppe EVP, und zwar am vergangenen 19. März: Sie verlangten damit ganz einfach die Rückkehr des Gemeinderats in das Rathaus. Aber so einfach war es natürlich nicht: Es sei nur schon «befremdlich», dass dafür überhaupt ein Beschlussantrag und eine Debatte nötig seien, befand der Fraktionspräsident der FDP, Michael Schmid. Aber in der Geschäftsleitung habe eine knappe Mehrheit «nicht das beschlossen, was in dieser Situation eigentlich selbstverständlich sein müsste» … Im Rathaus herrsche eine ganz andere Atmosphäre für die parlamentarische Debatte als in der Halle 9, und es sei ein Austausch mit der Bevölkerung möglich. Ja mehr noch: Dass der Rat weiterhin unter Ausschluss des Publikums debattiere, sei ein «widerrechtlicher Zustand», den man «unverzüglich korrigieren» müsse. Man sei nach Oerlikon ausgewichen, weil es aus rechtlichen und epidemiologischen Gründen nötig gewesen sei. Doch unterdessen seien alle Massnahmen aufgehoben, und damit fehle auch die sachliche wie rechtliche Grundlage, weiterhin dort zu tagen.

Das sahen die Grünen anders: Monika Bätschmann erklärte, das ‹Gstürm› um die «temporäre» Rückkehr sei «unverständlich». In der Halle 9 seien die Arbeitsbedingungen viel angenehmer als im Rathaus, wo «schon fast Käfighaltung» herrsche. Zudem lehne auch die Geschäftsleitung des Kantonsrats eine Rückkehr ab. Die Kosten würden ebenfalls nicht offengelegt, aber die Miete für die Halle würde weiterlaufen, und falls man im Herbst das Rathaus pandemiebedingt wieder verlassen müsste, kämen weitere Kosten dazu. Die Öffentlichkeit sei überdies keineswegs ausgeschlossen, sondern habe via Live-Stream die RednerInnen viel besser im Blick. Auch der Fraktionspräsident der SP, Davy Graf, verstand nicht, weshalb man «ohne Not» ein funktionierendes Setting verlassen sollte, zumal die Pandemie keineswegs beendet sei, nur weil per 1. April die «besondere Lage» aufgehoben worden sei. Noch vier weitere RednerInnen traten ans Pult, bis man zur Abstimmung schreiten konnte: Mit 56:53 Stimmen lehnte der Rat den Beschlussantrag ab.

Tagesschule mit Grummeln

Ungewöhnlich gestaltete sich danach auch die Behandlung des Traktandums «Definitive Einführung der Tagesschule gemäss dem Modell der Stadt Zürich»: Es handelte sich um die Redaktionslesung. Normalerweise hätte der Präsident der Redaktionskommission, Mark Richli, erläutert, wo seine Kommission in der fertig ausgearbeiteten Verordnung unsaubere Nummerierungen berichtigt und fehlende Kommas ergänzt hatte, und danach hätte man abgestimmt. Dieses Mal jedoch gab es, nachdem Mark Richli seines Amtes gewaltet hatte, noch eine längere Debatte: Die FDP gab bekannt, dass sie zwar im Grundsatz für die Einführung der Tagesschule, aber gegen die konkrete Verordnung sei. FDP und SVP wollten offensichtlich die inhaltliche Debatte der Vorlage, die am 9. März bis kurz nach Mitternacht ausgiebig geführt worden war (P.S. vom 11. März), nochmals aufnehmen. Auch Schulvorsteher Filippo Leutenegger betonte ein weiteres Mal, wie viel teurer die Vorlage durch die Änderungen geworden sei, welche die rot-grüne Ratsseite hinzugefügt habe, und RednerInnen von SVP und FDP erinnerten daran, was sie lieber anders gehabt hätten. Doch um wirklich noch etwas zu ändern, hätten sie einen Rückkommensantrag stellen müssen, was aber niemand machte. Dafür kündigte die FDP an, sich weitere Schritte vorzubehalten: Sie denkt über ein Behörden- oder ein Volksreferendum nach, wie Michael Schmid dem P.S. am Rande der Sitzung bestätigte. Ein Behördenreferendum dürfte allerdings schwierig werden: FDP und SVP kommen auf 38 Stimmen, nötig wären 42. Wie erwartet, hiess der Rat die definitive Einführung der Tagesschule schliesslich im Grundsatz gut (hier war nur die SVP dagegen) und nahm auch die Verordnung an (gegen die Stimmen von SVP und FDP).

Ebenfalls viel zu reden gab wieder einmal das Seeufer, beziehungsweise die Frage, wie mit fünf ganzjährig betriebenen Restaurants umzugehen sei. Das ‹Fischers Fritz›, die ‹Seerose›, das ‹Samigo›, der Kiosk Riesbach und die Fischerstube haben nämlich eines gemeinsam: Sie sind dort, wo sie teils seit vielen Jahren stehen, eigentlich nicht zulässig, denn die Gebäude befinden sich in der Freihaltezone, also ausserhalb der Bauzone. Gleichzeitig besteht aber ein öffentliches Interesse daran, dass sie bestehen bleiben und auch künftig das ganze Jahr hindurch Gäste empfangen dürfen. Deshalb sollten sie nun im Rahmen einer Teilrevision in den Regionalen Richtplan Landschaft der Stadt Zürich aufgenommen werden, wie Kommissionssprecherin Ann-Catherine Nabholz (GLP) ausführte. Konkret werden sie neu als «Ausflugsziele» definiert. Die Gastrobetriebe sollen in ihrer heutigen Grösse erhalten und wo nötig erneuert werden können. Sie sollen sich jedoch nicht weiter ausdehnen. Mit dem Richtplan wird deshalb die maximal zulässige Anzahl Innen- und Aussensitzplätze festgelegt.

Die Ablehnung der Grünen begründete Jürg Rauser: Mit dieser Vorlage mache man einen weiteren Schritt in Richtung einer noch stärkeren Kommerzialisierung rund ums Seebecken, und das fänden die Grünen «problematisch». Zudem sei die Kategorie Ausflugsziele für Gegenden wie das Tösstal geschaffen worden, um Beizen in der Landschaft zu ermöglichen. In der Stadt Ausflugsziele zu definieren, sei jedoch eine «systemfremde» Anpassung. Die SVP wiederum war aus einem anderen Grund dagegen: Jean-Marc Jung fand einerseits, man müsste die Restaurants häufiger zur Pacht ausschreiben und den gleichen Pächter nur eine bestimmte Anzahl Jahre wirten lassen. Andererseits erklärte er, es sei nicht zeitgemäss, die Grösse der Betriebe und die jeweils zulässige Zahl Sitzplätze zu begrenzen. Das sei nicht bedarfsgerecht, denn es wollten immer mehr Menschen an den See: «Uns fehlt ein städtisches, wirtschaftsfreundliches Gesamtkonzept für das Seebecken.» Sabine Koch (FDP) erklärte, ihre Fraktion tue sich ebenfalls schwer mit der Vorlage: Aus unternehmerischer Sicht sei es der falsche Weg, die Anzahl Sitzplätze als Richtgrösse zu nehmen. Deshalb werde sich die FDP in der Schlussabstimmung enthalten. Sven Sobernheim (GLP) entgegnete ihnen, Sitzplätze zu zählen sei nun mal die einfachste Art, die Grösse eines Restaurants zu bestimmen; er wüsste jedenfalls nicht, wie man es sonst machen sollte. Mit 56:38 Stimmen (von SVP, Grünen und AL) bei 16 Enthaltungen der FDP hiess der Rat die Vorlage gut.

FORUM

Die reinste Form des Wahnsinns

Die Antwort des Bundesrats auf eine Anfrage von Nationalrätin Franziska Ryser (Co-Präsidentin von umverkehR) vom vergangenen November blieb weitgehend unbeachtet. Zu Unrecht: wurde doch zum ersten Mal offiziell bestätigt, dass der Flugverkehr mit 27 Prozent der grösste klimaschädigende Sektor der Schweiz ist. Nimmt man den Autoverkehr noch dazu, wird die Hälfte der Klimabelastung in der Schweiz durch den Verkehr verursacht.

Davon völlig unbeirrt verschont der Bundesrat den Verkehr im nächsten Anlauf des CO_2-Gesetzes weiterhin von ernsthaften Massnahmen. Im Frühling beschliesst er den Ausbau des Nationalstrassennetzes für über vier Milliarden Franken. Derweil kündigt die Swiss ab März neue Destinationen wie Bologna oder Nantes an, welche bestens und weit klimafreundlicher mit der Bahn erreichbar sind.

Im neusten erschienenen Bericht warnen die KlimawissenschafterInnen diese Woche zum wiederholten Mal eindringlich, dass dieses Jahrzehnt entscheidend ist, dass die sichere Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht und das 1,5 Grad-Ziel nur noch durch massive Kraftanstrengungen in allen Wirtschaftsbereichen erreichbar ist.

Mit Blick auf den Bundesrat und die hiesige Politik kann nicht behauptet werden, dass die veränderte Wahrnehmung zu verändertem Handeln führt, wie das WissenschafterInnen eindringlich fordern. Es ist diese reinste Form des Wahnsinns, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert, das bereits Albert Einstein beschrieben hat.

Silas Hobi,
Geschäftsleiter umverkehR

FORUM

Die (Nicht-)WählerInnen der SP

Min Li Marti weist in ihren Überlegungen zu den Wahlverlusten der SP im letzten P.S. unter anderem auch auf die Bemerkung von Michael Hermann hin, der gesagt hat, die SP spreche das Lebensgefühl vieler Menschen nicht mehr an. Ich teile diese Meinung und versuche kurz zu sagen, warum.

In den letzten zwanzig Jahren engagiere ich mich nicht mehr parteipolitisch, sondern versuche, mit anderen zusammen ganz konkrete Verbesserungen zu erreichen, meist im Rahmen von Vereins- oder Genossenschaftsgründungen, zum Beispiel für die Vergabe von Mikrokrediten, für Nachbarschaftshilfen mit Zeitgutschriften und das Netzwerk Caring Communities Schweiz und so weiter.

Ich sage dies, weil mich das mit vielen sehr engagierten Leuten zusammenbringt, die sich solidarisch engagieren, eine Grundhaltung, die ja ein prägender Wesenszug der SP ist. Politisch aber sind diese Leute sehr unterschiedlich ausgerichtet, in Sachfragen sind ihre Ansichten oft sehr unterschiedlich und Parteipolitik steht ihnen sehr fern.

Und damit komme ich zur Bemerkung von Michael Hermann. Diese Leute bringen Ansichten unter einen Hut, die mich als alten SPler staunen lassen. Die Freiheit, in unterschiedlichen Fragen eine Haltung zu entwickeln und sich wenig darum zu kümmern, ob das jetzt links oder rechts ist, ergibt manchmal spezielle Mischungen, aber ist tatsächlich auch Ausdruck eines neuen, gewissermassen unabhängigeren Lebensgefühls. Ob ich als alter Mann das verstehe oder nicht, ist ziemlich irrelevant. Für mich ist entscheidend, was diese Leute tun, und das ist stimmig.

Will man sie dafür gewinnen, für die SP zu stimmen, dann muss die SP unverkrampft, argumentativ und auch witzig von der Sache her überzeugen. Schimpfen, Parteislang und den Gegner verunglimpfen stösst ab. Das ist auch eine mögliche Erklärung, warum die SP bei Sachabstimmungen in jüngster Zeit erfolgreicher ist als bei Wahlen. Bei Sachabstimmungen argumentiert sie auch und es ist klar, um was es geht. Bei Personalwahlen, bei denen die Partei oft keine so grosse Rolle spielt, ist die SP ebenfalls oft recht erfolgreich.

Bei Proporzwahlen jedoch steht die Partei mehr im Vordergrund und damit die Art, wie sie wahrgenommen wird. Sprechen zum Beispiel die Exponentinnen und Exponenten dann in einer Parteisprache, beklagen und beschimpfen absolut humorfrei den politischen Gegner, dann stösst das ab. Das Gleiche gilt für entsprechende Inserate oder andere Meldungen in der Öffentlichkeit. Das verstösst tatsächlich gegen das Lebensgefühl vieler Leute, die in vielen Fragen der SP nahe stehen, aber sich so nicht angesprochen fühlen.

Ruedi Winkler, Zürich

IN EIGENER SACHE

April, April!

Bezüglich des Bonstetter Bärs in der letztwöchigen Ausgabe des P.S.: Wir haben Ihnen einen Bären aufgebunden. red.

IN KÜRZE

Überraschung an der Goldküste

Wenn in Männedorf der Wert von privaten Grundstücken dank Auf- und Umzonungen praktisch über Nacht steigt, will die Goldküstengemeinde auch selber angemessen davon profitieren. Und sich nicht bloss mit einem Mehrwertausgleich von 20 Prozent abspeisen lassen, wie dies der Gemeinderat vorsah. Stattdessen entschied sich die Gemeindeversammlung der wohlhabenden Zürichseegemeinde am Montag dieser Woche einigermassen überraschend auf Antrag der SP für den im Kanton Zürich maximal möglichen Ansatz von 40 Prozent. Die SP begründete ihren Antrag damit, dass die Gemeinde so deutlich mehr Geld erhält, um mit sinnvollen Massnahmen den Folgen der Verdichtung und des Klimawandels begegnen zu können und damit die Lebensqualität in Männedorf zu erhalten und zu fördern. Zudem profitierten die betreffenden EigentümerInnen immer noch von einem Mehrwert von 60 Prozent – und dies ganz ohne Eigenleistung.

Gegen den Widerstand des Gemeinderates und von FDP und SVP gutgeheis-

Reklame

sen wurde zudem eine Einzelinitiative der örtlichen Klimagruppe zugunsten der Artenvielfalt. Damit wurde die Gemeinde verpflichtet, über bereits beschlossene oder geplante Massnahmen hinaus in den nächsten fünf Jahren zusätzliche 260 000 Franken für die Förderung der Biodiversität zu investieren. Praktisch unbestritten blieb eine zweite Einzelinitiative derselben Gruppierung. Und zwar für die Förderung von Solar- und Fotovoltaikanlagen mit einem Rahmenkredit von 1,5 Millionen Franken während fünf Jahren. as.

Podium zum Lätten-Streit

Mit der Abstimmung vom 15. Mai in allen Gemeinden des Bezirks Horgen über die Revision des regionalen Richtplans entscheiden die StimmbürgerInnen auch über das künftige Schicksal des Gebiets Lätten zwischen der Autobahn in Adliswil und der Gemeindegrenze von Kilchberg und unmittelbar an der Grenze zur Stadt Zürich. Soll der Lätten mit einer Umzonung für eine grosse Wohnüberbauung und für eine Umsiedlung von Gewerbebetrieben aus dem Adliswiler Soodquartier freigegeben werden? Oder aber weiterhin als «grüne Lunge» und als Landwirtschafts- und Erholungsgebiet erhalten bleiben?

An einem öffentlichen Podium zu dieser strittigsten Frage der ganzen Revision kreuzen am Dienstag, 12. April im Meierhüsli an der Dorfstrasse 84 in Kilchberg Befürworter und Gegnerinnen der Umzonung die Klingen. Als Befürworter mit dabei sind der Präsident der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ), Martin Arnold (SVP, Oberrieden) sowie der Adliswiler Bauvorstand und ZPZ-Vizepräsident Felix Keller (parteilos). Und von Seiten der Gegner die Kilchberger GP-Kantonsrätin Edith Häusler und der Adliswiler Adrian Guntli von der IG Lätten, die gegen die Richtplanrevision der ZPZ das Referendum ergriffen hatte. Der Anlass mit anschliessendem Apéro beginnt um 20 Uhr und wird von ZSZ-Redaktorin Sibylle Saxer moderiert. as.

Galladé oder Scherrer

Die Findungskommission der GLP Kanton Zürich schlägt den heutigen Kantonsratspräsidenten Benno Scherrer und die ehemalige Schulpräsidentin und Ex-SP-Nationalrätin Chantal Galladé für die interne Ausmarchung für die Nomination für die Regierungsratswahlen vor. Der Vorstand wird am 10. Mai, die Mitgliederversammlung am 28. Juni entscheiden, wer für die Grünliberalen antreten soll. GLP-Co-Präsident Nicolas Forster sagt auf Anfrage, dass nach der internen Ausschreibung elf Personen grundsätzlich Interesse angemeldet hätten. Nach weiteren Gesprächen und Abklärungen habe man sich für die zwei jetzt vorliegenden Kandidaturen entschieden. Die GLP beschreibt die beiden in ihrer Mitteilung als erfahrene und innovative Personen. Dass beide Kandidierende aus dem Bildungsbereich stammen, wertet der Tages-Anzeiger in einer ersten Analyse als Angriff auf Mitte-Bildungsdirektorin Silvia Steiner. mlm.

SP verlangt Nachzählung

Am Schluss fehlten SP-Kandidat Michael Stünzi gerade Mal 15 Stimmen und er wäre anstelle von FDP-Mann Thomaus Henauer in den Thalwiler Gemeinderat eingezogen und die SP hätte damit einen zweiten Sitz im neunköpfigen Gremium erobert. Denn Henauer lag bei den kommunalen Erneuerungswahlen vom 27. März nur gerade 14 Stimmen vor ihm, der ebenfalls gewählte zweite SP-Kandidat, Kantonsrat Davide Loss, allerdings auch nur 15. Trotz des äusserst knappen Wahlausgangs habe es die Gemeinde versäumt, nachzuzählen, kritisiert die SP in einer Medienmitteilung. Mit einem Rekurs beim Bezirksrat verlangt sie nun, dass dies nachgeholt wird. Zwingend notwendig hält die SP eine Nachzählung auch deshalb, weil es ihrer Ansicht nach am Abstimmungssonntag zu «diversen Unregelmässigkeiten» gekommen sei und folglich «Fehler nicht ausgeschlossen» werden könnten. Weil bei der Stimmabgabe für die diversen Behördenwahlen nur gerade eine Urne verwendet worden sei und die Wahlzettel auch nicht abgestempelt worden seien, habe nicht sichergestellt werden können, dass jeweils nur ein Wahlzettel eingeworfen wurde, moniert die Partei. Zudem sei die Schlussauszählung in vorschriftswidriger Art nicht von Mitgliedern des Wahlbüros, sondern von Gemeindeangestellten vorgenommen worden. Auch habe das Wahlbüro am Sonntag bereits um 8.15 Uhr – und mithin schon vor der Urnenschliessung um 11.30 Uhr – mit der Auswertung der Wahlzettel begonnen. Dass mit der nun geforderten Nachzählung auch nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese womöglich zuungunsten von Davide Loss ausfallen könnte, ist sich die SP durchaus bewusst. «Uns geht es mit dem Rekurs einfach um ein korrektes Wahlresultat und dafür braucht es jetzt wenigstens eine Nachzählung», sagt dazu SP-Präsident André Kaufmann. Auf Anfrage von P.S. wollte man bei der Thalwiler Gemeindebehörde keine Stellung zum Inhalt des Stimmrechtsrekurses nehmen, weil es sich um ein «laufendes Verfahren» handle. as.

Viel Strategie

Die Stadt Zürich verabschiedet sich von ihren Strategien «Stadträume Zürich» von 2006 und «Stadtverkehr 2025» von 2012 zugunsten einer neuen Dachstrategie «Stadtraum und Mobilität 2040», kommuniziert die Stadt am 7. April. Die neue Strategie soll sich stärker auf die Wünsche der Bevölkerung und auf klimawandelbedingte Veränderungen im Stadtraum fokussieren – Aspekte, die in der bisherigen Planung zu wenig berücksichtigt worden seien. Die konkreten Fachstrategien «Stadtraum» und «Mobilität» sollen bis im Herbst 2023 erarbeitet werden. Ein Fokus dürfte dabei beispielsweise auf mehr Grünflächen mit Schattenplätzen, weniger Autoverkehr in den Quartieren oder der Förderung des öffentlichen Verkehrs liegen. sca.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 7047 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Simon Muster (sim.) (Politik/Online), Thierry Frochaux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Sergio Scagliola (sca.) (Praktikum).
Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schäppi (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (GönnerInnen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–
www.loopzeitung.ch

Reklame

Intercomestibles, der Laden
Badenerstrasse 74
8004 Zürich

Telefon 043 243 36 38
intercomestibles.ch/laden

Betreuung Petry
Seniorenbetreuung im eigenen Zuhause
Wir betreuen Senioren liebevoll im eigenen Zuhause zu einem fairen Preis.
Infos unter: sellipflege@gmail.com oder
Telefon 0049 (0) 681 6862 16 06

Öffentlicher Vortrag mit anschliessender Diskussion
Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte
Ist die EU ein soziales oder unsoziales Projekt?
Freitag, 8. April 2022, 18.30 – 20.00 Uhr, Universität Zürich
AULA
EUROPÄISCHE UNION
EuropaInstitut

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 08. April, 19.00, Opernhaus
Angels' Atlas
Choreografien von Crystal Pite und Marco Goecke

Sa 09. April, 19.00, Opernhaus
Girl with a Pearl Earring
Oper von Stefan Wirth

So 10. April, 14.00, Opernhaus
Dornröschen
Ballett von Christian Spuck
20.00, Opernhaus
Rigoletto
Oper von Giuseppe Verdi

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 258 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 08. April, 18.30, Pfauen-Kammer
Greta von Lucien Haug

Sa 09. April, 14.00, Schiffbau-Probebühne 4. **Anti-Rassismus Workshop** mit Mandy Abou Shoak. 19.30, Schiffbau-Halle. **Kurze Interviews mit fiesen Männern** nach David Foster Wallace. 21.30, Schiffbau-Matchbox **Offene Bühne**. 19.00, Pfauen. **Der Ring des Nibelungen** von Necati Öziri

So 10. April, 16.00, Pfauen. **Der Ring des Nibelungen** von Necati Öziri

BERNHARD THEATER

044 268 66 99, bernhard-theater.ch

Fr 08. April, 20.00. **Floh im Ohr**
Schwank mit Erich Vock u.v.a.

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Fr 08. - So 10. April, Fr & Sa 19.30 / So 18.00. **Anet Corti | Echt?**

THEATER RIGIBLICK

044 361 80 51, theater-rigiblick.ch

Fr 08. April, 20.00. **Tribute to Woodstock**
Mit Shirley Grimes, Adrian Kübler u.v.a.

Sa 09. April, 20.00. **Tribute to The Beatles: Let It Be** Silvester von Hösslin, Nyssina u.a.

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 08. April, 10.00 & 13.45, TZ
Masterclass Conductors' Academy
Paavo Järvi, Music Director

Sa 09. April, 18.30, TZ
Abschlusskonzert Conductors' Academy
Paavo Järvi, Music Director
Dvořák, Bartók, Beethoven u.a.

So 10. April, 11.00, GZ Grünau
Kammermusik für Kinder Zupfinstrumente

COLLEGIUM NOVUM ZÜRICH

www.cnz.ch

Fr 08. April, 19.30, Kirche St. Peter Zürich
Ewigkeit und endlose Rückkehr
Werke von Arshia Samsaminia, Martyna Kosecka, Farzia Fallah und Sanzhar Baiterekov. Leitung: Yalda Zamani

DER GEMISCHTE CHOR ZÜRICH

www.gemischter-chor.ch

Do 14. April, 19.30 / **Fr 15. April**, 16.00
Tonhalle Zürich
Ludwig van Beethoven, Missa solemnis
Emily Newton, Sopran
Ulrike Helzel, Alt
Brenden Gunnell, Tenor
Karl-Heinz Lehner, Bass
Tonhalle-Orchester Zürich
Joachim Krause, Leitung

GLARISEGGER CHOR

glariseggerchor.ch

So 15. Mai, 17.00, Tonhalle am See
BEETHOVEN: MISSA SOLEMNIS Zürcher Symphoniker; Leitung: Heinz Bähler

KLASSIK STERNE AARAU

0900 585 887 (CHF 1.20/Min.), www.klassiksterne-aarau.ch

So 24. April, 18.30
Kultur & Kongresshaus Aarau
«ITALIANITÀ» Maurice Steger und das Zürcher Kammerorchester präsentieren bekannte und unbekannte Werke aus der Barockzeit und aus dem 20. Jahrhundert

MEREL CHAMBER SERIES

www.merelchamberseries.com

So 09. April, 19.30, Konservatorium Zürich Florhofgasse **Merel Chamber Series**
Reto Bieri, Klarinette
Claudio Martínez Mehner, Klavier
Merel Quartett
Brahms, Prokofjew, Zinsstag, Reger
Das renommierte Merel Quartett feiert sein 20-jähriges Bestehen mit einer ambitionierten Konzertreihe. Mit innovativen Programmen und hochkarätigen Gästen setzen die MCS ein Gegengewicht zu den etablierten Reihen.

NEUE KONZERTREIHE ZÜRICH

Tonhalle-Billettkasse Tel. 044 206 34 34, hochuli-konzert.ch

Sa 21. Mai, 19.30, Tonhalle
Grigory Sokolov, Klavier
Beethoven, Eroica-Variationen op. 35
Brahms, Drei Intermezzi op. 117
Schumann, Kreisleriana op. 16

Lösungswort Märzrätsel: LINKSREGIERUNG

Waagrecht: 5. TEPPICHHAENDLER 12. KOLLATERALSCHADEN 18. Mein Name ist EUGEN 19. AKRIBISCH 23. URI 24. HATE crime Hassverbrechen 25. EI 26. BETTAGE 28. TAEPELN 29. VILLE 30. Downing Street TEN, Amtssitz britischen Premiers 32. SULTANINE 35. REISEN 36. NITRO-Glycerin 37. SELIG 38. SERIE 39. BUGSY Siegel oder Malone 40. TOTALE tot Ale 41. ETLICHE 42. Rudolf STEINER 43. ANNE Will 44. UNKE

Senkrecht: 1. SPAGHETTI 2. AAL 3. CNC-Technik 4. LED-Leuchten 5. TOURISMUS 6. PLURALIST 7. CENT 8. HAKEN 9. LASTESEL 10. REH 11. ENDE 13. LEITUNG 14. TEA PARTY 15. RAELISTEN Anhänger*innen Raëls 16. SIBIRIEN 17. HITLISTEN 20. RIVELLA 21. BELEGEN 22. CATERING 27. GENICK 31. NAEHE 33. NOON engl. Mittag 34. NEAR engl. nahe

2 Eintritte für «Die Trilogie der Dekonstruktion von Rassismus & Diskriminierung» (Arbeitstitel) des Maxim Theaters Zürich (ab 10. Mai/Ort noch offen/Datum frei wählbar) gewonnen hat: Lorenz Hurni, Baden.

www.maximtheater.ch

«Rabbi, is there a proper blessing for the czar?»
«Of course: May god bless the czar – and keep him… far away from us.»

Aus: «Fiddler on the Roof» (dt. Anatevka)

Wladimir Putin und der Orden der Cancel Culture

Was haben die Kinderbuchautorin der Welt und Wladimir Putin gemeinsam? Wenn es nach letzterem geht, sind beide Opfer der sogenannten Cancel Culture. «J.K. Rowling wurde kürzlich gecancelt, weil sie den Fans der sogenannten Gender-Freiheit ein Dorn im Auge war», sagte Putin vergangene Woche an einer Pressekonferenz. Die Autorin der Harry Potter-Reihe hatte in den letzten Jahren vor allem mit transphoben Aussagen von sich reden gemacht und dafür berechtigte Kritik geerntet. Und jetzt, so der Kreml-Chef weiter, versuche der Westen Russland, seine Bevölkerung und seine Kultur zu canceln. Nun ist der Vergleich zwischen der Kritik, die Rowling erhält, und den Konsequenzen, die die russische Bevölkerung ertragen muss, natürlich lächerlich. Es ist der Vergleich eines Mannes, der, wenn er nicht Autokrat geworden wäre, heute wohl regelmässig Gastbeiträge für das deutschsprachige Feuilleton schreiben würde.

Trotzdem: Der Vergleich steht stellvertretend für eine politische Strategie, die Putin seit einem Jahrzehnt erfolgreich verfolgt und mitunter erklärt, warum zu Beginn der Invasion am rechten politischen Rand Putin-Apologeten wie Pilze aus dem Boden schossen. Sie alle eint die Erzählung eines Westens, der traditionelle Werte wie die bürgerliche Kernfamilie und patriarchale Geschlechterrollen aufgegeben hat und sich stattdessen lieber um vermeintlich dekadente Themen wie die Rechte von homosexuellen und transidenten Menschen kümmert. Der Gegenpol dazu ist in dieser Erzählung Russland: ein Rückbesinnungsort auf konservative Familienwerte mit klaren Geschlechterrollen und gesellschaftlichen Hierarchien. Wie sich diese Erzählung in der Praxis anhört, konnte man just an dem Tag, an dem Russland in die Ukraine einmarschierte, in der ‹Weltwoche› lesen. Dort schrieb Roger Köppel, Wladimir Putin sei «eine wandelnde Kriegserklärung an den Zeitgeist, an die ‹Woke-› und ‹Cancel-Culture› und hoffentlich der Schock, den der Westen braucht, um wieder zur Vernunft zu kommen.»

Dass Roger Köppel und andere rechte Scharfmacher diese Erzählung mitentwickeln und verbreiten, ist kein Zufall: Patriarchale Männlichkeitsbilder und autoritäre Tendenzen sind bei rechtskonservativen Parteien äusserst anschlussfähig. Wie die feministische Politikwissenschaftlerin Leandra Bias bereits vergangenen November im Interview mit P.S. bemerkte, können wir seit Längerem einen «anti-feministischen Rückschlag von Wladiwostok bis Bern» beobachten, mit dem hart errungene Normen rückgängig gemacht werden sollen. Ein Teil dieses anti-feministischen Rückschlages ist die politische Homophobie: das willentliche Schüren und Instrumentalisieren von Hass gegen queere Menschen als politisches Instrument zur Machtdurchsetzung. Sie hat auch in Russland eine lange Tradition und war stets eingebettet in eine Diskussion über das Verhältnis von Russland zur Welt.

Nachdem die Bolschewiki mit der Machtübernahme 1917 das imperiale Strafgesetzbuch der Zarenzeit abschafften, fiel auch das Verbot für männliche Homosexualität. Das änderte sich 1933, als Stalin diese erneut verbot. Der Grund? Homosexuelle Aktivität sei «eine Form der bourgeoisen Degeneration». Gleichgeschlechtliche Liebe zwischen Frauen wurde hingegen – wie in vielen anderen europäischen Ländern zu dieser Zeit – zumindest strafrechtlich nicht sanktioniert. Politische Homophobie war und ist immer auch männliche Identitätspolitik, die abweichende Formen der Männlichkeit regulieren und sanktionieren soll. Und genau das steckt auch hinter der Renaissance der politischen Homophobie unter Wladimir Putin. 1993 fiel zwar das Verbot aus der Stalinzeit. Doch zur gleichen Zeit erlebte Russland eine regelrechte Männlichkeitskrise: Die Umstrukturierung der Gesellschaft und die rasante Einführung der Marktwirtschaft führten in den 1990er-Jahren laut der Politikwissenschaftlerin Valerie Sterling dazu, dass viele Männer auf einen Schlag ihrer patriarchalen ‹Ernährerrolle› nicht mehr gerecht werden konnten. Gleichzeitig erlangte die LGBTIQ-Community das erste Mal eine gewisse Sichtbarkeit. Ein weiterer Schlag für die kriselnde traditionelle Männlichkeit.

Putin begegnete diesen beiden Entwicklungen mit einem regelrechten Machokult: Fast schon ikonisch sind die Bilder von dem alternden Autokraten auf einem Pferd in Sibirien, oben ohne. Spätestens seit der Einführung des Schwulenpropagandagesetzes 2013 stehen zudem Organisationen, die sich für die Rechte von homosexuellen und transidenten Menschen einsetzen, unter dem Generalverdacht, ausländische Agenten zu sein. Als die russische Bevölkerung 2020 über eine Verfassungsänderung abstimmte, welche die Macht von Putin massiv ausweitete, warb eine staatliche Mediengruppe mit einem Video, das zwei geschminkte Männer und ein trauriges Kind in einem Kinderheim zeigte. «Stimmen Sie für Verfassungsänderungen ab oder alle russischen Kinder landen in einem Haushalt von Schwulen», stand im Begleittext.

Diese Rückbesinnung auf patriarchale Männlichkeit war aber nie nur nach innen gerichtet. Während den Demonstrationen auf dem Euromaidan 2013/2014 verwendeten die staatlichen russischen Medien oft die plumpe Wortschöpfung «Gayromaidan». Die Motivation der DemonstrantInnen wurde so pervertiert. Statt für mehr demokratische Teilhabe und europäische Integration standen die Demonstrationen plötzlich für die Zerstörung der traditionellen Familie – im Auftrag des Westens. Dass sich Wladimir Putin nun in den Diskurs um eine vermeintliche Cancel Culture einschreibt, ist nur eine Fortsetzung dieser Strategie. Der Westen soll zum einen als hypersensibel und verweichlicht entlarvt werden, zum anderen wird er aber gleichzeitig zur Gefahr für Russland hochstilisiert – der letzten Bastion der traditionellen Werte. Dieser Westen ist natürlich ein Konstrukt, aber ein wirkungsmächtiges. Bis in Feuilletonartikel der NZZ dringt es durch, die anhand von Anekdoten eine Cancel Culture herbeireden wollen, in der bürgerlichen Kritik an der feministischen Aussenpolitik der deutschen Aussenministerin Annalena Baerbock als schwach, im Ruf nach Aufrüstung als einziges Mittel einer ‹vernünftigen› Verteidigungspolitik – und aus dem Mund eines Nationalrats der stärksten Partei der Schweiz.

Auf das Gedöns der vermeintlichen Cancel Culture rund um J.K. Rowling einzugehen, ist müssig: Es ist der pubertäre Reflex einer Generation, die Kritik mit Zensur verwechselt. Doch wo dieser Reflex als Teil des anti-feministischen Rückschlags und als Konstruktion eines Westens funktioniert, muss man entschlossen entgegentreten – und sich solidarisch mit all jenen zeigen, deren Kampf für mehr Sichtbarkeit und Freiheit politisch ausgeschlachtet wird.

Simon Muster

Biogas-Anlage für Konkurrenzkampf nachgerüstet

Der Biogas-Anlage der Axpo in Samstagern droht nach über einem Vierteljahrhundert das ‹Grünfutter› aus der Zimmerbergregion abhanden zu kommen. Jetzt stecken die Betreiber 2,5 Millionen Franken in eine Vorwärtsstrategie.

Arthur Schäppi

Die Axpo Kompogas AG hat ihre 27 Jahre alte Vergärungsanlage für das Grüngut der Region Zimmerberg im Richterswiler Ortsteil Samstagern für 2,5 Millionen Franken modernisiert (P.S. vom 1. April). Das erneuerte Werk arbeite effizienter und mit geringeren Emissionen, betonten Axpo-Verantwortliche vor Wochenfrist bei einem Besichtigungsrundgang vor der Presse.

Grüner Strom für 300 Haushalte

In der Anlage wird aus den jährlich gegen 12 000 Tonnen im Bezirk Horgen (ohne Adliswil) gesammelten Grüngutabfällen erst Biogas und daraus dann rund 1,35 Millionen Kilowattstunden ‹grüner› Strom für die Abgabe ins Netz produziert. Dies entspricht etwa dem Jahresverbrauch von 300 Vierpersonenhaushalten. Mit der Nachrüstung wurde nun die Entschwefelungsanlage optimiert. Um bessere Abgaswerte zu erzielen, wurde das Werk zudem mit einem Presswassertank samt Gasspeicher ergänzt. Damit kann dort der bei der Energieproduktion anfallende Flüssigdünger vor dem Austrag in der Landwirtschaft länger gelagert und somit auch noch Restgas absorbiert und genutzt werden. Und die festen Gärrückstände werden nun in einer nunmehr geschlossenen Nachrottehalle zwischengelagert, wodurch die Geruchsemissionen weiter eingedämmt werden.

Wird Kunde zum Konkurrenten?

Die Investition von Axpo ist nicht zuletzt auch ein Bekenntnis zum Standort Samstagern, wie es am Presserundgang hiess. Und das ist angesichts einer sich anbahnenden markanten Veränderung im Biomasse-Markt am linken Seeufer alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Denn für die Axpo droht dort aus ihrem bisherigen Kunden und Anlieferer ein mächtiger Konkurrent zu werden: Der Zweckverband Entsorgung Zimmerberg (vormals Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen) will das in seinem Verbandsgebiet gesammelte Grüngut künftig nämlich nicht mehr in Samstagern verwerten lassen, sondern plant bei der KVA Horgen eine eigene Biogas-Anlage. Das Baugesuch für ein solches hochmodernes Werk mit einer Verarbeitungskapazität von bis zu 25 000 Tonnen jährlich wurde bereits eingereicht. Damit die Grossanlage tatsächlich realisiert werden kann, bräuchte es dann allerdings auch noch die Zustimmung der StimmbürgerInnen der neun Bezirks- und Verbandsgemeinden.

Ein Laufkran mit mächtigem Greifer versorgt das Bio-Kraftwerk in Samstagern mit Grüngutfudern. Arthur Schäppi

CARTOON BY ROMAN PRELICZ

Kein Vergeben, kein Vergessen

Liebe, Fürsorge, Aufmerksamkeit. Bedingungslos. Das sind die ersten Worte, die mir zu ‹Familie› einfallen. Ich wurde geliebt, als ich Normen überwand, wenn schlimme Dinge passierten, erlebte ich Fürsorge, und mir wurde Aufmerksamkeit teil, während ich Werte hinterfragte.

Diese fundamental wichtigen Elemente, die mich immer und überallhin begleiten, sind so konstant, dass sie selbstverständlich erscheinen. Doch sie sind es nicht. Manche wollen keinen bunten Garten. Manche wollen ihre Büsche, Bäume und Sträucher in makelloser Gleichheit. Abweichungen von der Vorstellung dürfen nicht vorkommen. «Was würden denn die Nachbarn denken?» Wenn einer der heranwachsenden Bäumchen den Wünschen nicht gerecht wird, wird im besten Fall an ihm gezehrt und gedrückt in der Hoffnung, ihn zurechtzubiegen, und im schlimmsten Fall wird er ohne zu zögern gewaltvoll aus der Erde gerissen und in hohem Bogen auf die Strasse geworfen. Ohne Nachfrage, ob er jemals irgendwo aufblühen wird. Seine Chancen stehen schlecht.

Gemäss True Colors United haben junge, queere Menschen in den USA eine 120 Prozent höhere Chance, obdachlos zu werden, als cis-hetero junge Menschen. Melissa Moore, Executive Director bei We Are Family, nennt die Hauptursache in ihrem Ted Talk. Ablehnung. Ablehnung der Leute, die durch das Kinderkriegen die Verantwortung der bedingungslosen Liebe, Fürsorge und Aufmerksamkeit auf sich zu nehmen haben.

Trans, lesbisch, schwul, bi, queer. Diese Optionen standen halt nicht zur Debatte, als das Kind beschloss, geboren zu werden. Als es sich die Familie aussuchte.

Erinnert euch an euren 18. Geburtstag. Schönes Fest. Freunde, Familie, Geschenke. Für Sean und unzählige weitere war das Geschenk eine mehrstündige, südliche Autofahrt, um «warm obdachlos zu sein». Es war an seinem 18. Geburtstag, als er, vor Kälte, Verzweiflung, Einsamkeit und Angst zitternd, Melissa mit «Schwuchtel» und Gewaltandrohungen im Rücken anrief. Es war an ihrem 16. Geburtstag, als sie von einem Freier erwürgt wurde. Es war on their 19. Geburtstag, als they an einer Überdosis starb. Es war an seinem 19. Geburtstag, als er erfror. Sean überlebte. Zu viele starben, sterben und werden sterben.

Im Alltag, auf der Strasse, im Parlament, im Gericht und im Netz braucht es Haltung gegen den Hass, der unsere Geschwister umbringt. Wir müssen es schwierig und unangenehm machen, diese tödliche Ideologie zu verbreiten, leben und seine Verbrechen damit zu legitimieren. Strukturen, Finanzierungen, Identitäten und Meinungen müssen offengelegt, angeprangert und falls möglich angezeigt werden.

Kein Vergeben, kein Vergessen, bis unsere Geschwister Dächer über den Köpfen und deren «Eltern» Zellenböden unter den Füssen haben.

Dominic Kuhn,
Juso-Mitglied

Wellen brechen

Wissenschaft kann kompliziert sein: Klimamodelle, planetare Grenzen, Kipppunkte. Alles schwer zu durchdringen, alles schwer zu begreifen und zu greifen. Alles sehr abstrakt und weit weg. Doch Wissenschaft kann auch so einfach sein: Zum Zeitpunkt, an dem ich diese Kolumne verfasse, bleiben uns noch genau 7 Jahre, 3 Monate, 20 Tage, 17 Stunden und 9 Minuten, bis das globale $C0_2$-Budget für die 1,5 Grad Erderwärmung aufgebraucht sein wird.

Es bleiben uns noch genau 7 Jahre, 3 Monate, 20 Tage, 17 Stunden und 9 Minuten, bis das globale $C0_2$-Budget für die 1,5 Grad Erderwärmung aufgebraucht sein wird.

Sieben Jahre, in denen ich hoffentlich mein Studium abschliessen und vermutlich gerade frisch in die Berufswelt gestartet sein werde. Immer noch jung und immer noch das Leben vor mir, aber wahrscheinlich werde ich schon ganz gut krisenerprobt sein. Bereits jetzt werden wir von Krisen überrollt: Überschwemmungen, Hitzewellen, die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine. Kaum haben wir uns von einer Krise erholt, stösst uns die nächste schon wieder um. Wir sehen immer nur die nächste Welle auf uns zurollen, versuchen irgendwo und irgendwie noch rechtzeitig Rettungsringe zu ergattern, doch die Katastrophe ragt bereits über uns auf. Sie ist allumfassend, versperrt uns die Sicht und nimmt uns ein.

Dabei sehen wir nicht, dass ein und dieselbe Kraft all diese Wellen sich aufbäumen lässt: Es gibt keine Krise, die nicht mit dem Klima zusammenhängt. Aus diesem Grund bleiben wir laut und bleiben bei unseren Forderungen, denn das Klima kann nicht warten und wird nicht warten. Mit jedem Tag, an dem wir näher an die 1,5 Grad kommen, mit jedem Meter, um welchen der Meeresspiegel ansteigt, werden die Wellen grösser und die Katastrophen häufiger. Deshalb gilt es jetzt zu agieren, nicht nur zu reagieren, den Wellen ihre Kraft zu nehmen. Ja, es wird teuer. Doch nicht zu handeln, können wir uns nicht leisten. Denn irgendwann werden die Wellen so gross sein, dass sie selbst die finanzstärksten Nationen überfluten werden. Mit jedem Tag, den wir warten, zerstören die Wellen mehr Land, zwingen sie mehr Menschen auf die Flucht und verringern unseren Handlungsraum. Und ja, es werden uns auch trotzdem dann noch Krisen entgegenkommen, denen wir uns mit viel Solidarität und Menschlichkeit entgegenstellen müssen. Und ja, Wissenschaft kann kompliziert sein. Doch man muss nicht Klimawissenschaftlerin sein, um das Grundsätzlichste zu verstehen: Die Klimakrise ist in vollem Gange. Sie bringt jetzt schon Unglück und Leid. Doch die Klima-Welle bäumt sich gerade erst auf. Nun gilt es den grösstmöglichen Schaden abzuwenden. Darum heisst es jetzt zu handeln mit all unseren Kräften, denn noch haben wir die Wahl.

Anna Simona Rieder,
Vorstandsmitglied
Junge Grüne Zürich

Hartes Pflaster statt roter Teppich

Am 15. Mai stimmt die Schweiz über die Änderung des Filmgesetzes ab. Der freischaffende Drehbuchautor und Filmemacher Joël Jent erklärt diese Woche im Gespräch mit Sergio Scagliola die Monopolstellung der Streaminganbieter und wie der Schweizer Film auf die internationale Leinwand zurückkehren kann.

Die «Lex Netflix» soll festlegen, dass auch internationale Streaminganbieter verpflichtet sind, künftig vier Prozent des in der Schweiz erzielten Umsatzes ins hiesige Filmschaffen zu investieren. Zudem soll das Angebot der Streamingdienste zu 30 Prozent aus Inhalten bestehen müssen, die in Europa produziert werden. Ein Grossteil der EU-Staaten hat ähnliche Regelungen schon lange eingeführt. Haben die Streamingdienste auf dem Schirm, dass die Quote in der Schweiz nicht erfüllt ist?

Joël Jent: Ohne gesetzliche Regulation interessieren sich Streaminganbieter grundsätzlich nicht dafür, ob eine Quote erfüllt ist oder nicht. Wir durften in den Jahren seit Markteintritt beobachten, dass die Anbieter weder ein sozio-kulturelles Bewusstsein, noch in dieser Hinsicht ein Verantwortungsgefühl entwickelt haben. Deshalb ist die gesetzliche Verankerung der Investitionspflicht entscheidend. Sie überlässt den Anbietern ein Maximum an Freiheit, sofern sie einen Teil ihres Umsatzes hier in der Schweiz wieder investieren, stellt aber ein Minimum an lokaler Verantwortungsübernahme sicher. Wir stehen hier mit unseren EU-Nachbarn im Wettbewerb und müssen sicherstellen, dass in der Schweiz konkurrenzfähige Bestimmungen zur Anwendung kommen, die sich mit dem EU-Recht vereinbaren lassen, sonst zieht die Schweiz einfach den Kürzeren – eben weil die Streaminganbieter sich doch niemals für ein Sonderprogramm in der kleinen Schweiz engagieren würden.

Wieso nicht?

Wieso schon? Sie konnten bisher ihre Kataloge hier anbieten und damit Gewinne erzielen, ohne Mehrkosten, ohne Infrastruktur vor Ort unterhalten oder die vergleichsweise höheren Schweizer Löhne bezahlen zu müssen. Eine veritable Goldgrube, sozusagen. Global hat sich aber nun eine Veränderung ergeben: Mit den immer zahlreicheren lokalen Erfolgsproduktionen muss nun auch bei den Anbietern ein Umdenken stattfinden. So sagte erst kürzlich Wolf Osthaus (Public Policy Director im deutschsprachigen Raum DACH bei Netflix) in Genf, dass die Anziehungskraft einer Geschichte grösser wird, je kulturspezifischer sie ist.

Dieser Gesinnungswandel ist grundsätzlich erfreulich. Aber bisher ist davon in der Schweiz nichts spürbar. Aktuell ist das Wachstum der internationalen Streaminganbieter für die Schweizer Branche eher ein Nachteil. Weil es auf Kosten des Kinomarktes geschieht, während die Schweizer Branche vom internationalen Streaming-Markt bis auf wenige Ausnahmen de facto ausgeschlossen bleibt. Was wir in der Schweiz deshalb am dringendsten benötigen, ist der Marktzugang.

Wie wird der Zugang denn konkret erreicht?

Die Anpassung des Filmgesetzes orientiert sich am europäischen Umfeld: 19 von 27 Ländern haben eine Abgabe oder Investitionspflicht in ihr lokales Filmschaffen beschlossen. Da gibt es viele unterschiedliche Regelungen: Frankreich etwa hat eine Investitionspflicht von 26 Prozent sowie eine bei zwei Prozent festgelegte Abgabe. Deutschland hat eine Kombination aus 2,5 Prozent Abgabe sowie einer Urheberrechtslösung. Italien hat 20 Prozent, Spanien fünf Prozent, Kroatien vier Prozent und Österreich diskutiert noch. Die Schweiz aber hat gar nichts. Und wir Filmschaffenden haben gemerkt: Von sich aus involvieren sich die Streaminganbieter hier nicht. Gespräche wurden geführt, Versprechen gemacht, aber nie ist etwas passiert. Und jetzt, wo das Filmgesetz im Parlament durchgekommen ist, hat sich plötzlich etwas getan und Netflix hat zwei Produktionen in der Schweiz angekündigt. Zudem wurden Schweizer Produktionen gekauft. Wir sehen also: Bereits minimaler Druck erzeugt einen relevanten Unterschied.

Gab es denn gar keine Bemühungen seitens Streaminganbietern?

Das lässt sich vielleicht mit einem Beispiel beantworten. Reed Hastings, der milliardenschwere Netflix-Mitgründer, ist letzten Herbst nach Hamburg geflogen und kündete im Rahmen einer grossen PR-Aktion Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro im DACH-Raum an. 80 Produktionen wurden versprochen, während in den vergangenen drei Jahren bereits ca. 40 Projekte realisiert worden sind. Keines davon in der Schweiz. Und ich bin mir sicher: Falls die Anpassung des Filmgesetzes scheitern sollte, werden die zwei angekündigten Produktionen gestrichen oder in ein EU-Land verlegt. Das ist die Realität. Deshalb finde ich die Emotionalisierung der Gegenseite bestenfalls kleingeistig.

Inwiefern?

Ob in Deutschland 78 oder 80 Produktionen realisiert werden, ist für die Anbieter sowie für Deutschland finanziell irrelevant, die Investition steht ohnehin fest. Wenn zwei dieser Produktionen in der Schweiz realisiert werden, schadet dies letztlich niemandem. Aber nicht nur das. Film ist für eine Kultur konstituierend. Präziser ausgedrückt: Kultur und Film stehen in einer wechselseitigen Beziehung zueinander. Film ist ein Exportgut, das weit über den eigentlichen Export hinausgeht: Es ist Kulturgut, Botschafter, Tourismusförderer. Kurz gesagt eine Visitenkarte für ein Land. Das Filmgesetz könnte die Schweiz wieder auf den Radarschirm des internationalen Marktes bringen.

Der Markt in der Schweiz ist klein. Das Geld, auch Fördergelder, geht vollständig in die Produktion. Das heisst auch nicht, dass dieses Geld bei der Produktionsfirma liegenbleibt, noch dass jemand reich damit wird. Produktionsmittel fliessen direkt in Löhne, Dienstleistungen, Logistik, Hotelübernachtungen, etc. Ein nicht unbeträchtliches Auftragsvolumen, das auch eine wesentliche Anzahl an KMU-Aufträgen umfasst.

…derweil argumentiert das Nein-Komitee auf deren Website: Hohe Politik, Schampus und der rote Teppich können gut miteinander.

Deshalb ist dieser Vorwurf auch völlig absurd. Im Kontext des Kinos, das als Institution des Films in den letzten Jahren enorm einstecken musste und gleichzeitig der Zugang zu den Streamingdiensten für lokale Produktionen nicht besteht, würde eine Ablehnung de facto längerfristig einer fundamentalen Marktverminderung gleichkommen. Wird sie jedoch angenommen, haben wir eine Kräfteverschiebung, die jedem Land gut tut, das eine solche Regulation kennt. Wir hätten nicht mehr nur die Säulen der institutionellen Filmförderung, des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, das Produktionen regelmässig co-finanzieren kann, neben einigen privaten Investoren, sondern wir hätten eine ganze Gruppe von potenziellen neuen Playern, die in der Produktion partizipieren. Akteure, die an Produktionen und Narrativen interessiert sind, die sich in erster Linie an ein internationales Publikum richten. Es werden ja nicht einfach nur bestehende Filme eingekauft werden, wie die Gegenseite das gerne befürchtet.

Sondern?

Es wird auch Produktionen in der Schweiz geben, die sich an ein internationales Publikum richten. Eine solche Verschiebung der Zielgruppe bei Schweizer Produktionen würde auch zu völlig neuen Narrativen bei den Produktionen führen: Eine Veränderung, die der Filmlandschaft sehr guttun würde. Dieser Effekt kann nur positiv sein, weil er einer Differenzierung gleichkommt, die im aktuellen System so nicht möglich ist. Auch ist das Ausmass mit vier Prozent weit weniger dramatisch, als dies die Gegnerschaft zu zeichnen versucht. So zeigt beispielsweise Sky schon heute, dass es kein Problem ist, die Reinvestitionsvorgabe von vier Prozent zu erfüllen – in ihrem Fall hat es gereicht, die Schweizer Serie «Tschugger» zu koproduzieren.

Wieso dann das Drama um eine grundsätzlich einfache Sache?

Weil sie stark instrumentalisiert und emotionalisiert wird. Teils sagen die Gegner, das Filmgesetz schreibe den NutzerInnen vor, was sie schauen müssen – das ist völlig absurd. Denn wie gesagt: Das Angebot ist ohnehin bereits an die in der EU geltenden Richtlinien angepasst. Die europäische Selektion wird seit 2018 bereits in der Schweiz angeboten, und das sehr erfolgreich: «Dark», «Marseille», «How To Sell Drugs Online Fast», aber auch beispielsweise südkoreanische Hit-Produktionen wie «Squid Game» – das sind alles Beispiele für lokale Produktionen, die ein internationales Publikum begeistern konnten. Und nun werden da einfach jährlich eine bis zwei Produktionen aus der Schweiz hinzukommen. Es ist eine Chance für die Schweiz. Ein Gesetz, dass den Standort Schweiz stärkt, ohne Staatsmittel auskommt und keine Mehrkosten verursacht.

Was sehen Sie denn hinter der Emotionalisierung der Gegenseite?

Die Gegnerschaft versucht, diesen Sachverhalt in die Kanäle einer SRG-Diskussion zu drücken und damit der Halbierungsinitiative vorzugreifen. Deshalb wird auch behauptet, es handle sich um Subventionen oder eine Filmsteuer. Es handelt sich aber nicht um direkte Mittel, sondern um eine Verpflichtung, hier realisierte Gelder wieder in der Schweiz zu investieren. Diese Investition tätigen die Anbieter aber selbst: Sie wählen die Projekte aus, die sie umsetzen möchten, sie bestimmen Budgetgrössen, Beteiligte und den Rahmen der Umsetzung. Wollen sie nicht hier produzieren, erhalten sie die Möglichkeit, auf die Investition zu verzichten und stattdessen eine Abgabe zu leisten. Es liegen zudem viele Informationen vor, die faktisch nicht korrekt sind. Insbesondere in liberalen Kreisen wird

«Es handelt sich um eine Verpflichtung, hier realisierte Gelder wieder in der Schweiz zu investieren. Diese Investition tätigen die Anbieter aber selbst.»

Joël Jent: «Netflix wird nichts unternehmen, solange kein Druck vorhanden ist.» Diego Menzi

behauptet, dass der Staat das Programm vorschreibe – was schlicht und einfach falsch ist. Des Weiteren wird von einer «schwerreichen Filmlobby» geschrieben, die es in der Schweiz mit Bestimmtheit nicht gibt. Schwerreich ist in dieser Branche ohnehin niemand. Lohnstudien zur Filmbranche existieren und sie fallen ernüchternd aus: Die meisten Menschen verdienen monatlich unter 4000 Franken. Dazu kommen Vorwürfe, dass wir eine Millionenkampagne lanciert hätten. Das ist umso ironischer, wenn es genau die Gegenseite ist, die Milliardenkonzerne, nationale Medienunternehmen und die Privatsender hinter sich hat, während auf der Seite der Branche primär Fronarbeit geleistet wird, um den Abstimmungskampf zu stemmen.

Was haben die Privatsender damit zu tun?

Die Privatsender steigen da mit ein, weil sie seit Jahrzehnten ihre vier Prozent abgeben müssen – das Fernsehen hat schliesslich dieselben Rahmenbedingungen in Bezug auf Reinvestition. Und jetzt im Kontext dieser Abstimmung verspricht oder erhofft man sich zumindest, diese vier Prozent umstossen zu können oder sich bessere Bedingungen herausluchsen zu können. Man kann diese Haltung nur als unehrenhaft sehen. Es ist eine Politik, die sich an den eigenen Interessen ausrichtet, anstelle das Gesetz als kollektive Chance zu verstehen, von dem alle längerfristig profitieren.

Wo verfehlt die Argumentation der Gegenseite denn? So wie Sie das ausdrücken, sind doch einige Widersprüche in der Politik vorhanden.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es doch ganz klar: Es geht darum, möglichst viele Investitionen ins Land zu holen. Die Hauptpunkte der Gegner stellen sich da interessanterweise genau dagegen. Sie versuchen, die 30 Prozent der EU-Quote als Zensur, als programmatischen Eingriff darzustellen. Das ist zwar mittlerweile etwas versandet, weil die 30 Prozent europäische Inhalte ohnehin schon seit 2018 erfüllt sind, aber es handelt sich – und das ist nicht anders zu betiteln – letztlich um Täuschungsversuche. So wird die vier Prozent Reinvestitionspflicht konsequent und absichtlich falsch betitelt: Es handelt sich weder um eine Subvention, noch um eine Steuer. Auch die Behauptung, dass der Konsument in die Tasche greifen müsse, ist falsch. Wir haben uns die Entwicklung der Preise in Europa angeschaut und haben klar festgestellt, dass die Preise ohnehin überall gestiegen sind und keine Verbindung mit der Einführung einer Investitionspflicht oder Abgabe festgestellt werden kann. Die Preise sind schliesslich auch in der Schweiz gestiegen. Und dies noch vor der Anpassung des Filmgesetzes. Das ist ein klarer Beweis, würde ich sagen.

Die Situation, dass die Schweiz der EU nachhinkt und vielleicht weiterhin tut – wie äussert sich das im Alltag bei Filmschaffenden, wenn Netflix & Co. sozusagen keine Option sind?

Netflix wird nichts unternehmen, wenn kein Druck vorhanden ist und gleichzeitig anderswo dieser Druck existiert. Wir wollen dieselben Chancen wie andere europäische Filmschaffende. Und da darf man aber auch nicht vergessen, dass alle diese Streamingdienste kalifornische Digitalkonzerne sind, wo die Regulation generell extrem hinterherhinkt. So zahlen sie beispielsweise abgesehen von der Mehrwertsteuer keine Steuern in der Schweiz. Davon sind verschiedene Branchen betroffen, wie beispielsweise die Medienbranche – der Werbemarkt wandert ab. Beispielsweise eine Digitalsteuer wäre dringend nötig, auch wenn sie noch lange nicht kommen wird. Deshalb: Wir als Branche leiden definitiv unter dieser Monopolstellung der Digitalkonzerne, da darf man sich nichts vormachen. Und deshalb fragen wir uns auch ständig, wohin das längerfristig führt.

Und das könnte was sein?

Meine grösste Sorge ist schon, dass die lokale Kultur nicht länger repräsentiert ist und durch globale Kataloginhalte ersetzt wird, quasi ein kalifornischer Merkantilismus. Und als kleines Land mit kleinem Markt ist man umso stärker bedroht. Da braucht es ein Bewusstsein und den Willen, dies zu verhindern. Denn die Digitalkonzerne denken in rein ökonomischen Konstanten. Es wäre fatal, da lokale Hoffnung hineinzuprojizieren. Die Schweiz braucht Stimmen, die über die Landesgrenzen hinaus gehört werden. Deshalb braucht es Regulation – der Markt ist zu klein, um das zu stemmen oder aus eigener Kraft erreichen zu können.

Eine Karte für alle

Am 15. Mai stimmt die Zürcher Stimmbevölkerung über die Züri-City-Card ab. Das Pro-Komitee hat vergangenen Dienstag den Abstimmungskampf eröffnet.

Simon Muster

«Ich beginne mit einer Frage: Wann müssen sie sich in ihrem Alltag ausweisen?» Diese Frage stellte Gemeinderätin Serap Kahrimann (GLP) an der Medienkonferenz des Pro-Komitees für die sogenannte Züri-City-Card vergangenen Dienstag. Man müsse sich vor allem in alltäglichen Situationen ausweisen, etwa um einen eingeschriebenen Brief von der Post abzuholen – «selbstverständliche Situationen für Menschen mit einem geregelten Aufenthaltsstatus».

Ein erster Schritt

Doch für schätzungsweise 10000 ZürcherInnen sind diese Selbstverständlichkeiten ein Ding der Unmöglichkeit: Sie haben kein Ausweispapier, das ihre Identität bestätigt. Das führe dazu, dass sie empfindlich in ihrer Lebensqualität eingeschränkt seien, weil sie städtische Leistungen nicht in Anspruch nehmen könnten, erklärte AL-Gemeinderätin Tanja Maag. «Die City-Card ist kein Allerheilmittel, aber ein erster Schritt für eine bessere Inklusion von Sans-Papiers in unsere Gesellschaft.» Diese lebten nämlich oft gezwungenermassen in der Unsichtbarkeit und mit der Angst, entdeckt zu werden, ergänzte Nationalrätin Min Li Marti (SP), die auch Verlegerin dieser Zeitung ist. «Ohne Möglichkeiten, sich auszuweisen, sind die Betroffenen grösstenteils rechtlos und anfällig auf Ausbeutung am Arbeitsplatz.» Sie hätten zudem eine höhere Hemmschwelle, sich bei der Polizei zu melden, was sie noch verletzlicher mache. Die Züri-City-Card soll das ändern. Am 15. Mai 2022 stimmt die Stimmbevölkerung über einen Kredit über 3,2 Millionen Franken ab, mit dem die Vorbereitungsphase zur Einführung einer städtischen Identitätskarte finanziert werden soll. Mit dieser sollen sich alle BewohnerInnen der Stadt in Zukunft ausweisen können. So soll ermöglicht werden, dass papierlose Mitmenschen sich identifizieren können, ohne dass direkt auf ihren Aufenthaltsstatus geschlossen werden kann. Diese Funktion könne die City-Card aber nur übernehmen, wenn sie einst von der ganzen Stadtbevölkerung verwendet werde, warnte Tanja Maag. Deswegen ist in der Vorbereitungsphase, die der Stadtrat in der Vorlage skizziert hat, auch vorgesehen, dass zuerst die Stadtbevölkerung, die bereits einen regulären Aufenthaltsstatus hat, die City-Card erhalten soll. Erst, wenn eine gewisse Akzeptanz für die städtische Identitätskarte vorhanden ist, soll sie auf Sans-Papiers ausgeweitet werden.

«Scheinlegalisierungen»

Über den Kredit stimmt die Bevölkerung ab, weil ein bürgerliches Komitee gegen die Weisung des Stadtrats aus dem Jahr 2020 das Referendum ergriffen hat. Das Hauptargument: Durch die City-Card würden die Sans-Papiers «scheinlegalisiert», wozu der Stadt die Kompetenzen fehlen würden. Ein Postulat, das den Zürcher Regierungsrat beauftragen wollte, zu prüfen, wie gut integrierte Sans-Papiers legalisiert werden könnten, scheiterte allerdings Anfang 2021 an der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat. «Genau weil es auf nationaler und kantonaler Ebene bisher nicht gelang, das Problem für die Betroffenen zu lösen, braucht es jetzt einen Vorstoss auf kommunaler Ebene», meinte dazu Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid.

Studie um Studie für die Elternzeit

Auf den nationalen Vaterschaftsurlaub soll nach dem Willen eines überparteilichen Komitees eine kantonale Elternzeit folgen. Die Stimmbevölkerung stimmt am 15. Mai darüber ab.

Simon Muster

Vergangenen Mittwoch eröffnete das überparteiliche Prokomitee für eine kantonale Elternzeit, in dem auch P.S.-Verlegerin Min Li Marti sitzt, den Abstimmungskampf an einer Medienkonferenz. Kurzer Blick zurück: Am 27. September 2020 stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung dem Gegenvorschlag zur Vaterschaftsurlaubsinitiative zu. Seit dem 1. Januar 2021 gilt deshalb: Väter können innerhalb von sechs Monaten ab Geburt eines Kindes zwei Wochen bezahlten Urlaub beziehen.

Vorteile sind bekannt

Doch trotz dieser Verbesserung hinke die Schweiz mit den 14 Wochen Mutterschutz und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub im internationalen Vergleich weiter hinterher, schreibt das Komitee in der Medienmitteilung. Dabei seien die Vorteile der Elternzeit aus Erfahrungen in anderen europäischen Ländern längst bekannt, sagte die Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich Priska Seiler Graf an der Medienkonferenz. Deshalb möchten die InitiantInnen jetzt auf kantonaler Ebene vorwärtsmachen, mit einer paritätischen Elternzeit von je 18 Wochen für Mutter und Vater. Um die Vorteile der Initiative hervorzuheben, zitierten die RednerInnen eine Vielzahl an Studien.

So würden Untersuchungen aus Norwegen und Schweden zeigen, dass eine Elternzeit dazu führe, dass Väter eine gleichberechtigte Aufgabenteilung bevorzugen und der Respekt vor der Betreuungs- und Hausarbeit bei ihnen steigen würde, erklärt Seiler Graf. «Die gleichberechtigtere Rollenverteilung ermöglicht es mehr Müttern, nach der Elternzeit wieder in ihren Beruf zurückzukehren und ihr Pensum nicht so stark zu reduzieren.» Dass führe zu mehr finanzieller Unabhängigkeit und verbesserten Rentenleistungen.

Finanzierbar

Finanziert würde die Elternzeit wie bereits die Mutterschaftsentschädigung während des Mutterschaftsurlaubs über die Erwerbsersatzordnung, also über Lohnabgaben von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen. Die Zürcher Handelskammer beklagt, dass dies die Arbeitskosten für die Wirtschaft erhöhe und so den Wirtschaftsstandort Zürich schwächen würde.

Dieser Kritik aus Wirtschaftskreisen hielt die Mitte-Stadträtin von Illnau-Effretikon Rosmarie Quadranti eine Vielzahl an Studien entgegen. So würde eine Analyse der Eidgenössischen Kommission für Gleichstellung zeigen, dass bereits eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit um ein Prozent genügend Steuereinnahmen generieren würde, um eine zu einhundert Prozent entschädigte Elternzeit von 18 bis 20 Wochen zu kompensieren. «Die Elternzeit lohnt sich für die öffentliche Hand, die Wirtschaft und auch für KMUs.»

Aber auch die Beziehung zwischen Vater und Kind würde davon profitieren. Darauf wies Grünen-Kantonsrat Florian Heer hin. Wenn Väter acht Wochen Elternzeit beziehen, würde gemäss einer deutschen Studie die Vater-Kind-Beziehung längerfristig gestärkt. Er könne das aus eigener Erfahrung bestätigen. «Seit der Geburt meiner Tochter vor 13 Jahren teile ich mir die Erziehungsarbeit zu 50 Prozent mit meiner Frau.»

Gut, aber ohne Euphorie

Die Stadt Winterthur schliesst statt mit einem Plus von 1,1 Millionen Franken mit einem solchen von 70,4 Millionen Franken ab. Der Wermutstropfen: Die vorgesehenen Investitionen wurden nur zu 61 Prozent getätigt.

Koni Loepfe

Weniger Kosten durch Corona als erwartet und höhere Steuererträge kennzeichnen auch die Rechnung der Stadt Winterthur. Die Steuern fielen um 42 Millionen Franken höher als im Vorjahr aus und um 21,8 Millionen Franken besser als budgetiert. Dabei lieferten sowohl die natürlichen Personen als auch die Firmen mehr Geld ab.

«Die Wirtschaft erwies sich als robuster als angenommen», führt dazu der Finanzvorsteher Kaspar Bopp aus. Dazu hätten die kompensatorischen Massnahmen der öffentlichen Hand massgeblich zur Stabilität der Unternehmen und zum Erhalt der Arbeitsplätze beigetragen. Das ist zweifellos richtig, betrifft aber das Steueraufkommen nur am Rande.

Mehr Personal rechnet sich

Hingegen hatten diese Massnahmen vor allem des Bundes eine relevante Auswirkung auf die Höhe der Sozialhilfe. Da vor allem Kurzarbeit länger ausbezahlt wurde, kamen recht viele ohne Unterstützung durch die Sozialhilfe über die Runden. Bei der Sozialhilfe selber machten sich zudem die getätigten Investitionen in mehr Personal positiv bemerkbar. So blieb pro SozialhilfeempfängerIn mehr Zeit und damit auch die Möglichkeit, intensiver zu beraten und zusätzliche Finanzquellen besser auszuschöpfen. Die Sozial- und Erwachsenenhilfe wurde insgesamt um 8,3 Millionen Franken weniger als vorgesehen beansprucht.

30,4 Millionen Franken Einsparungen und damit der grösste Posten sind eine Winterthurer Spezialität: Dank des Börsenbooms schloss die Pensionskasse viel besser als erwarte ab und die Stadt Winterthur konnte einen Teil der Rückstellungen auflösen, die sie zur Sanierung der Kasse gemacht hatte.

Der Eigenfinanzierungsgrad beträgt für das Jahr 2021 stolze 165 Prozent. Diese Zahl täuscht allerdings: Mehr als ein Drittel der vorgesehenen Investitionen konnten nicht getätigt werden. Der Eigenfinanzierungsgrad wäre auch bei einer vollständigen Ausnutzung der vorgesehenen Investitionen immer noch sehr gut. Aber die Stadt hat bekanntlich einen beachtlichen Bedarf an Investitionen und somit ist es nur bedingt erfreulich, wenn diese nicht getätigt werden konnten, obwohl das Geld vorhanden war. Die Stadt verfügt nun über ein Eigenkapital von 190 Millionen Franken und die Verschuldung liegt erstmals seit Langem wieder unter einer Milliarde Franken.

GLP gegen Steuersenkung

Es liegt auf der Hand, dass dieser gute Abschluss bei den Bürgerlichen nach einer Senkung des mit 125 Punkten hohen Steuerfusses ruft. Die Aussichten, damit durchzukommen, sind allerdings mässig. Der Stadtrat will auch angesichts der möglichen Folgen durch den Ukrainekrieg und den Herausforderungen in der Bildung, in der Gesundheit und im Sozialen das Geld beisammenhalten. SP und Grüne wollen lieber ins Klima als in eine Steuerfusssenkung investieren. Die positive Überraschung aus linker Sicht ist die GLP, die sich skeptisch zu Steuersenkungen äusserte. Die bei den Wahlen gesponnenen Fäden der Allianz von SP über Grüne, EVP bis zur GLP scheinen zu halten.

Widerstand gegen geplanten Gastrobetrieb

An der Bertastrasse ist ein Gastrobetrieb mit langen Öffnungszeiten geplant. Dagegen regt sich Protest.

Min Li Marti

«Brüt Bar» heisst die Bar, die an der Bertastrasse 6 geplant ist. Dahinter stecken zwei Bekannte aus der Zürcher Gastroszene: Markus Lichtenstein, der die Weinhandlung Smith and Smith betreibt und an der Schickeria Bar und im Gerolds Garten beteiligt ist, und Anatol Gschwind, Betreiber des Bistros Salon und der Clubs Gonzo und Hive.

Dafür wurde die Umnutzung von einem bisherigen Ladenlokal in einen Gastrobetrieb von der Stadt bewilligt. In dieser Bewilligung sind auch die Öffnungszeiten vorgesehen: Diese wären unter der Woche bis 4 Uhr und am Wochenende wäre ein durchgehender 24-Stunden-Betrieb gestattet. Dagegen wehren sich sich jetzt die AnwohnerInnen, wie das Online-Magazin ‹Tsüri› berichtet. «Wir wollen kein ‹Hive› bei uns im Quartier», sagt Eva Schumacher gegenüber ‹Tsüri›. «Wir sind keine lärmempfindlichen Menschen, aber ein 24-Stunden-Betrieb ist zu viel», ergänzt Simon Bühler. Schumacher weist auch darauf hin, dass an der Bertastrasse auch viele Familien und ältere Menschen wohnen.

Präzendenzfall?

60 NachbarInnen haben jetzt die IG Innenhof gegründet und wollen einen Sammelrekurs gegen den Bauentscheid der Stadt Zürich einreichen. Gleichzeitig starten sie eine öffentliche Petition (liebe-berta.ch). Dabei geht es den InitiantInnen nicht nur um die Bertastrasse, sondern grundsätzlich um die Bewilligungspraxis der Stadt, wie sie in ihrem Appell schreiben: «Mit ihrer Bewilligungspraxis schafft die Stadt Zürich in einem Quartier mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Wohnanteil von mindestens 80 Prozent einen beispiellosen Präzedenzfall, der die Lebensqualität empfindlich beschneidet und für weitere Wohnquartiere ein beunruhigendes Signal setzt.» Man wolle weiterhin gemischte Quartiere haben, in denen auch schlafen bei offenem Fenster möglich sei.

Die beiden Gastronomen Lichtenstein und Gschwind zeigten sich gegenüber von Tsüri erstaunt über den Widerstand: Es sei ihnen bewusst, dass ein Gastrokonzept, das von der Nachbarschaft nicht getragen werde, keine Chance habe. Der Streit sei ein Missverständnis, meinte Lichtenstein gegenüber von Tsüri: «Wir wollten einfach das Maximum können und haben nicht geplant, dass wir das voll ausnutzen werden.» Geplant sei kein Club, sondern eine Tapasbar und ein Ausstellungsort für junge KünstlerInnen. Rückblickend sei es aber ein Fehler gewesen, auf das Maximum zu gehen. Sie suchten jetzt den Kompromiss mit der Nachbarschaft.

Mehrere Rekurse

Neben der IG Innenhof haben auch noch zwei private HausbesitzerInnen, die Baugenossenschaft Zentralstrasse, die Bezet Genossenschaft und die Stiftung PWG einen Rekurs eingereicht. Mitte April sei mit einer Antwort zu rechnen. Lucas Bally, Kommunikationsverantwortlicher beim Hochbaudepartement der Stadt Zürich meint gegenüber von Tsüri, dass die Stadt ein Gesuch bewilligen müsse, wenn es sich im gesetzlichen Rahmen bewege: «Das ist Rechtsgleichheit.» Die Stadt dürfe sich bei Bewilligungen nicht von Annahmen leiten lassen, sondern sich an die Gesetze und Verordnungen halten.

Wer wieviel verdient

Im Kanton Zürich wird überdurchschnittlich viel verdient. Allerdings profitieren davon nicht alle.

Min Li Marti

Der Medianlohn in der Grossregion Zürich beträgt 7114 Franken pro Monat, eine Hälfte der ArbeitnehmerInnen verdient mehr, die andere weniger. Dies hat das Statistische Amt des Kantons Zürichs in einer Kurzanalyse veröffentlicht. Diese basiert auf der neusten Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik. Der Medianlohn ist höher als in anderen Regionen in der Schweiz, weil in Zürich viele Branchen angesiedelt sind, die hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen beschäftigten.

Ein hoher Medianlohn heisst aber noch nicht, dass alle auch wirklich gut verdienen. Männer verdienen im Kanton Zürich im Mittel 16 Prozent mehr als Frauen. Dieser Unterschied ist seit mehreren Jahren konstant und höher als das Landesmittel. Dort beträgt der Unterschied 11 Prozent. In der Privatwirtschaft ist er mit 20 Prozent deutlich grösser als im öffentlichen Sektor mit 8 Prozent. Warum liegt der Kanton Zürich hier über dem Durchschnitt? Andrea Schnell, stellvertretende Leiterin Analysen und Studien des Statistischen Amts des Kantons Zürich erklärt auf Anfrage: «Die grösseren geschlechterspezifischen Lohnunterschiede im Kanton Zürich liegen vor allem daran, dass Branchen mit grossen Lohnunterschieden wie beispielsweise Finanzsektor, Information und Kommunikation oder Handel in Zürich überdurchschnittlich stark vertreten sind. In diesen Branchen sind die geschlechterspezifischen Lohnunterschiede in erster Linie deshalb so gross, weil der Frauenanteil in den oberen Hierarchiestufen und hohen Kompetenzniveaus noch gering ist.»

ArbeitnehmerInnen mit Tieflohn mehrheitlich Frauen

Frauen und Männer sind zudem sehr ungleich über die Lohnklassen verteilt. Zwei Drittel aller ArbeitnehmerInnen mit einem Tieflohn sind Frauen. Bei den Spitzengehältern beträgt der Frauenanteil nur einen Viertel. Bei der Übervertretung von Frauen im Tieflohnbereich wirken laut Andrea Schnell mehrere Effekte: «Einerseits sind Frauen häufiger in schlecht entlohnten Berufen und Branchen tätig. Andererseits sind Frauen über alle Branchen betrachtet in Top-Managementpositionen deutlich untervertreten. Drittens zeigt sich, dass Positionen im höchsten Management für Männer einen grösseren Lohneffekt haben als für Frauen.» Der Kanton Zürich ist auch über dem schweizerischen Mittel, wenn es um die Lohnschere, also die Differenz zwischen den tiefsten und den höchsten Löhnen geht. Hier gibt es ebenfalls Unterschiede zwischen privatem und öffentlichem Sektor: Die Differenz zwischen den höchsten und den tiefsten Löhnen liegt im privaten Sektor bei mehr als 9000 Franken, im öffentlichen Sektor bei weniger als 7000 Franken. Besonders hoch ist das Lohngefälle erwartungsgemäss im Finanzsektor. Am anderen Ende des Spektrums findet man die Beschäftigten in Hotellerie und Gastronomie.

Mutterschaftsstrafe?

Die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern sei laut Statistischem Amt zum Teil erklärbar durch unterschiedliche Merkmale wie Ausbildung, Stellung im Unternehmen oder Branche. Auch beim unerklärten Rest könne man nicht zwingend auf Diskriminierung schliessen. Dabei wird auf die Lohnstudie 2016 verwiesen. Dort wird festgehalten, dass die «Lohnunterschiede über den Erwerbszyklus sowie mit steigendem Ausbildungsniveau und höherer Kaderstufe» zunehmen. «Männerlöhne wachsen zu Beginn des Erwerbslebens stärker und über einen längeren Zeitraum als Frauenlöhne. Bei den Frauen erfahren die Löhne hingegen Mitte 30 einen Knick und stagnieren danach. Besonders deutlich ist dieses Muster bei verheirateten Beschäftigten, dagegen nehmen die Lohnunterschiede bei ledigen Frauen und Männern mit dem Alter kaum zu und sind zudem kleiner.» Die Kluft bestehe also besonders zwischen verheirateten Frauen und dem Rest: «Ein Zusammenhang mit der Familiengründung ist evident.» Für Männer hingegen ist der Zivilstand «verheiratet» gut für die Lohnentwicklung. Sie verdienen dadurch vier Prozent mehr. Allerdings nur, wenn sie Vollzeit arbeiten. So verdienen teilzeiterwerbstätige Männer drei bis vier Prozent weniger als ansonsten äquivalente vollzeiterwerbstätige Männer. Für Frauen liegt der entsprechende Lohnabschlag für hohe Teilzeitpensen bei lediglich 1,6 Prozent. Die Erweiterung dieses Modells um die Kombination von Zivilstand und Arbeitspensum offenbart für verheiratete Männer mit Teilzeitpensen unter 50 Prozent einen signifikanten Lohnabschlag von 10 Prozent, für Frauen einen von fünf Prozent. «Den höchsten Lohn können Männer demnach erwarten, wenn sie verheiratet und vollzeiterwerbstätig sind, Frauen, wenn sie ledig und vollzeiterwerbstätig sind.» Das lässt darauf schliessen, dass traditionelle Rollenmodelle nicht nur verbreitet sind, sondern auch finanzielle Anreize dazu bestehen, sie zu leben. Die unterschiedlichen Erwerbsbiographien wirken sich auf die Berufswahl aus: Insbesondere sind Kaderpositionen in Hochlohnbranchen hauptsächlich von Männern besetzt, Frauen sind hingegen übervertreten in Nichtkaderpositionen in Niedriglohnbranchen mit hohem Anteil an Teilzeitbeschäftigung, etwa im Gesundheits- und Sozialwesen oder im Detailhandel.

Vermutet, aber nicht erhoben

Das Problem: Es gibt zwar einen vermuteten Zusammenhang zwischen Zivilstand und Elternschaft, die Elternschaft ist aber in den Lohndaten nicht erhoben. Andrea Schnell meint dazu: «Die Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik hat zum Ziel, wesentliche Merkmale der Lohnstruktur durch eine Datenerhebung bei Unternehmen abzubilden. Darum sind ausser den arbeitsplatz- und tätigkeitsbezogenen Merkmalen sowie den Unternehmensmerkmalen nur ganz wenige personenbezogene Merkmale verfügbar: Alter, Geschlecht und Zivilstand werden über die AHV-Nummer aus den Registern hinzugefügt, während die Ausbildung erfragt werden muss. Eine Elternschaft in diesem Setting zuverlässig zu erfassen wäre sehr aufwendig, und die Datenqualität liesse deshalb wohl auch zu wünschen übrig.» Die Elternschaft sei zudem «ein persönliches Merkmal, aber kein Qualifikationsmerkmal, das keinen Einfluss auf den Lohn haben sollte, ähnlich wie etwa der Zivilstand.» Im Standard-Analysemodell des Bundes werde der Zivilstand nicht berücksichtigt. Es sei auch unklar, was dessen Aussagekraft wäre: «So wirkt sich eine Elternschaft sehr unterschiedlich auf die arbeitsmarkt- und lohnrelevanten Eigenschaften von einzelnen ArbeitnehmerInnen aus.» Das wirkt allerdings etwas unbefriedigend, zumal ja in der Lohnstudie der Zusammenhang nicht nur stark vermutet, sondern als «evident» bezeichnet wird. Es würde sich sicher lohnen, diese Frage vertieft zu klären.

Verkannt

Die Buddy-Geschichte «Presque» ist formal konventionell, beruht aber auf bedenkenswerter Realität.

Der Weg, vom Erscheinen nicht automatisch Rückschlüsse auf potenziell eingeschränkte Fähigkeiten zu ziehen, ist augenscheinlich noch lang. Alexandre Jollien, Igor im Film, ist an cerebraler Kinderlähmung erkrankt, was sich an seiner Art zu gehen und zu sprechen zeigt. Davon ausgehend zu glauben, er müsse doch automatisch auch bezüglich seiner intellektuellen Fähigkeiten als Ausnahme angesehen werden, ist ein fataler Irrtum. Alexandre Jollien amtete für «Presque» als Darsteller, als Co-Drehbuchautor, als Co-Regisseur, und die philosophischen Betrachtungen und Kommentare zu sämtlichen erdenklichen Lebenssituationen, die seine Figur Igor ungefragt zum besten gibt, sind einzig und allein darauf zurückzuführen, dass Alexandre Jollien auch ein Philosophiestudium erfolgreich abgeschlossen hat. Das Verkanntwerden, mit eines der zentralen Themen dieser Buddygeschichte zwischen Igor und dem Lausanner Bestattungsunternehmer Louis (Bernard Campan), erhebt den an sich konventionellen Plot von vergleichbaren Genrefilmen. Denn als Igor demonstriert Alexandre Jolliet auch die realen Lebensumstände für jemanden wie ihn, dem man die körperliche Beeinträchtigung auf Anhieb ansieht. Igor lebt selbstständig, arbeitet verlässlich und versucht sich ebenfalls mitsamt der Thematik der vorverurteilenden Kausalkette, die keine ist, zu arrangieren. Im realen Leben hat Alexandre Jolliet ganz im Gegensatz zu seiner Figur auch sein privates Glück in einer Partnerschaft gefunden. Die jungen Frauen, die die beiden während ihrer Leichenüberführung nach Südfrankreich kennenlernen, feiern ihren Junggesellinnenabschied und zeigen sich Igor gegenüber eher spasseshalber aufgeschlossen. Regelrecht auf Augenhöhe zu ihm verhält sich mal wieder nur jemand vom Rand der Gesellschaft, weil sie es gewohnt ist, die Oberfläche nicht als die alleingültige Wahrheit anzusehen: die von Louis bestellte Prostituierte (Marie Benati). froh.

«Presque» spielt im Kino Movie.

Offenbarung

Als Naoki Higashida die Lebenswahrnehmung eines Autisten niederschrieb, veränderte sich die Welt.

Ungezählte Regalmeter sogenannter Fachliteratur über Autismus existieren und untersuchen Ursprung, Ausdruck, Umgang, Hilfestellung, Grenzen und den Umgang mit Schuldgefühlen für Eltern. Noch nie, bevor der damals 13-jährige Naoki Higashida 2007 «The Reason I Jump» veröffentlichte, war die Innensicht einer autistischen Person auf das Leben, die Wahrnehmung, die Wünsche, Begehren und Ängste greifbar. Also nachfühlbar für alle anderen. Jerry Rothwell besucht für den gleichnamigen Dokumentarfilm mehrere Familien in Indien, Afrika, Europa und den USA. Die meisten Eltern sind sich darin einig, dass sie lange Zeit unbewusst exakt das Falsche gemacht hatten und ihnen dieses Buch die Augen dafür öffnete, was im Umgang mit ihrem Kind tatsächlich angebracht sein könnte. Seit dieser regelrechten Offenbarung ist viel des herausfordernden Verhaltens von hyperaktiver Rastlosigkeit, Schreikrämpfen und Tobsuchtsanfällen bei den meisten autistischen Kindern merklich zurückgegangen. Durch die Vielfalt der sozialen und ethnischen Hintergründe der im Film auftretenden Familien und Personen verdeutlicht Jerry Rothwell auch, wie sehr verschieden die Ausgangslage für AutistInnen wie für Eltern ist – und dies ist entgegen der Erwartung keineswegs ein eindimensionales Ruhmesblatt für die sogenannte westlich-entwickelte Welt. Vielmehr im Gegenteil. Zwar ist in Sierra Leone der Verdacht der Hexerei oder des Besessenseins zu beobachten und als Vorverurteilung mit Informationen aktiv zu hintertreiben, aber die familiäre Bindung, verwandt- und nachbarschaftliche Unterstützung genauso wie in Indien sehr viel weiter belastbar, als in Grossbritannien oder den USA, wo ‹funktionieren› zuallererst alle einzelnen jeweils für sich selber meint. Auch die Methodik zur Kenntlichmachung der Bedürfnisse von AutistInnen hat grosse Fortschritte erzielt. Das Buch hat die Leben von allen Betroffenen exponentiell vereinfacht. froh.

«The Reason I Jump» spielt im Kino Piccadilly.

Vermächtnis

Die Nachwelt wäre ärmer dran, wenn nichts von einem für die Ewigkeit zurückbliebe – findet das Ego.

Eine Brücke von einem Stararchitekten, die seinen Namen trägt, ist dem 80-jährigen Petromulti Humberto Suárez (José Luis Gómez) zu wenig ruhmreiche Ewigkeit. Für einen Argentinier bleibt alternativ nur noch ein Film, um in die Geschichte einzugehen. Nichts weniger als eine Kain-Abel-Geschichte, der aktuell meistdiskutierte Roman, soll als Vorlage dienen. Für die Umsetzung natürlich von allem nur das Beste: Die Regisseurin Lola Cuevas (Penélope Cruz) ist berühmt für ihre dekonstruktivistische Erzählweise und berüchtigt für ihre Exaltiertheit. Félix Rivero (Antonio Banderas) ist der Star schlechthin. Filmschauspieler, Instastar, Werbegesicht, Frauenschwarm… Ihm gegenüber soll der politisch anspruchsvolle Theatergrandseigneur Iván Torres (Oscar Martínez) in den Ring steigen. Alle drei HeroInnen ihres Fachs wissen am allerbesten, wie was geht, und noch wichtiger: wie nicht. Meist so, wie es die jeweils anderen beiden vorschlagen. Neun Tage Leseprobe sind vorgesehen. In den leeren Hallen des Protzbaus von Humbertos Stiftung siedeln Mariano Cohn und Gaston Duprat (Drehbuch/Regie) ihre Farce an. Manipulation ist alles, denn wer nur mit-spielt und dem Ganzen nicht sehr kenntlich seinen/ihren Stempel aufsetzt, geht im sicherlich folgenden Scheinwerferglanz des Meritenregens unter. Er sie, sie ihn, er ihn – vorwärts und zurück. Das Dumme an forciert ausgelegten Fallstricken ist die Notwendigkeit einer nahezu hundertprozentigen Tarnung, was sie bei ausreichender Unachtsamkeit – etwa aus lauter Selbstverliebtheit – zur Stolperfalle für einen selber werden lassen. «Official Competition» ist ein Parademarsch in Verlogenheiten, die sich bei allen drei Hauptfiguren primär darin äussert, dass sie sich für unverwundbar halten. Moi, als Nabel der Welt. Drei davon in voller Fahrt mündet zwangsläufig in eine Karambolage, keinesfalls zu verwechseln mit einer Erkenntnis. froh.

«Official Competition» spielt in den Kinos Kosmos, Le Paris.

Mordgeschichte aus Mostindien

Wer den Frühling sowie die schönen Seiten des Thurgau geniessen und nicht an vergangene Schandtaten erinnert werden will, kann erst gegen Ende in diese Politeratour einsteigen: Auch in Mostindien gibt es neue Ansätze ökologischer Landwirtschaft. Zudem wurden damals ein paar alte Obstbaumbestände vor dem «Baummord» bewahrt. Sie werden spätestens im Mai wieder blühen.

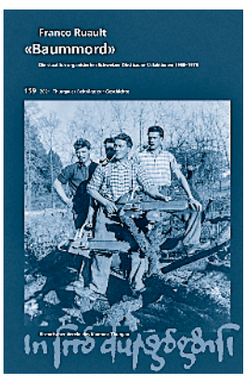
Hans Steiger

Auf den 159. Jahresband des Historischen Vereins des Kantons Thurgau stiess ich dank einer Probenummer der etablierten ‹BauernZeitung›, die eine Seite über den «Baummord»-Report enthielt. «Wie der Agroforst abgeholzt wurde.» Die prägnanten Fotos packten den Blick, zumal der verblüffende Vorher-Nachher-Vergleich mit Flugaufnahmen von 1958 und 2017. Fast nur der Bodensee im Hintergrund liess noch dieselbe Landschaft erkennen. Mit dieser Darstellung der «staatlich organisierten Fällaktionen von Hochstämmern zwischen 1950 und 1975» werde uns «ein interessantes Lehrstück der Schweizer Agrargeschichte» präsentiert, merkt die knappe, relativ trockene Rezension an. Aber etwas Betroffenheit ist spürbar: «Wenn man die Bilder aus heutiger Sicht betrachtet, gerät man automatisch ins Grübeln. Wie konnte man bloss einen solchen Biodiversitätsreichtum mutwillig zerstören?»

Biodiversitätsparadies zerstört

Vielfach vertieft wird dieses Grübeln beim Lesen des Buches. Angesichts bedrängender Klima- und Umweltprobleme empfehlen Ökologiefachleute heute nämlich ausgerechnet eine «Agroforstwirtschaft», die der über Jahrhunderte praktizierten Durchmischung von Äckern mit hohen Obstbäumen, Sträuchern, Hecken und Grasflächen gleicht. «Früher hiess das Feldobstbau.» Der hatte besonders im Thurgau die traditionelle Landwirtschaft und so die Landschaft geprägt. «Mostindien» blieb als Etikette, vom «Obstbauparadies» jedoch wenig. Stramm kompakte Niederstamm-Plantagen und weite, hindernisfreie Flächen passten besser zur maschinell agroindustriellen Welt.

Die erste politische Weichenstellung war am 6. April 1930 ein klares Ja des noch exklusiv männlichen Stimmvolks zu einem neuen eidgenössischen Alkoholgesetz. Es war vorab steuertechnisch motiviert, wurde aber als Beitrag zur Volksgesundheit propagiert. Auf den Abstimmungsplakaten prangten rotbackige Äpfel und Jungbauern. «Unserer Jugend zum Heil! Unseren Alten zum Wohl! Unserem Obstbau zum Segen!» Anstelle von Mostobst für Saft und Schnäpse sollten edlere Tafeläpfel produziert werden. Doch die «brennlose Obstverwertung» kam dann kaum voran und die vom Bund mit Abnahmegarantien zugesicherten Beiträge gingen ins Geld. Es folgte die Direktive: «Verlustbäume liquidieren.»



«Offensive» gegen «Schmarotzer»

Auch dieser Prozess verlief harzig. Bis im einst als Garten Eden gepriesenen Thurgau nach dem Weltkrieg zwei Männer zusammenspannten, die beim härteren Durchgreifen ihre militärische Prägung in Wort und Tat zeigten. In der historischen Recherche wird Ernst Lüthi als von der Aufgabe geradezu besessener «Obstbaugeneral» porträtiert. Er selbst stellte in publizierten Erinnerungen an sein Wirken fest: «Ohne zu ahnen, welche grossen Widerstände sich unserem Vorhaben einer breiträumigen Generalsanierung entgegenstellen würden, eröffneten wir unsere letzte grosse, nunmehr motorisierte Offensive gegen einen überalterten und strukturmässig nicht mehr tauglichen Baumbestand.» Es galt, die «Schmarotzer» und «Parasiten» auszumerzen.

Dass sich Bauernfamilien gegen eine Vernichtung ihrer lange gehegten, teils neu aufgebauten und nun ertragreichen Hochstammkulturen wehrten, andere – von der Radikalität der Fällaktion entsetzt – sogar von «Baummord» sprachen, weckte bei ihm keinerlei Zweifel. Es war eher eine Herausforderung zum massiveren Kampf. Gustav Schmid, sein Partner, wird als «der eiserne Stratege» charakterisiert. Energiegeladen, energisch, sehr direkt sei er gewesen, «ein Zürcher, ein Draufgänger», gab SVP-Ex-Nationalrat Paul Rutishauser zu Protokoll. Methodisch hielt sich der zum Leiter der kantonalen Zentralstelle für Obst- und Rebbau berufene Schmid meist eng an Hans Spreng, den schweizweit für Baumschnitt und Marktsteuerung massgebenden «Obstbaumpapst».

«Am Tiefpunkt der Beziehung zwischen Mensch und Baum angelangt: Sprengung eines Obstbaumes, um 1950.»

Franco Ruault, zuvor als Journalist wie bereits im Studium mit Politikwissenschaft und Geschichte befasst, bezeichnet das hier analysierte Vorhaben als ein «säkularisiertes Missionierungsprojekt». Dies hätten schon die Anleitungen zur Baumpflege gezeigt, wo Erziehung und Zucht zentrale Begriffe waren. «Spreng war ein Meister der Funktionalität und entsprechend war seine Technik.» Einheitlich, zielbewusst und planmässig wie seine Lebensführung. Er lebte nur für die Arbeit, erzählte Peter Spreng, ein Enkel. «Ein Spreng macht das nicht», habe es oft geheissen. Humor und Lachen, «oder einmal traurig sein» – das wurde in der Familie kaum gezeigt. Dafür habe sein Grossvater mit Leidenschaft fotografiert. Obstbäume, tausend, zehntausend, «mit dem observierenden Blick einer Sehmaschine» und immer darum bemüht, das Bestehende, das «Unerzogene» und «Ungeordnete», wie er es nannte, nach seinen Idealvorstellungen umzuformen, zu verbessern. «So –und nicht so!» lautete der Titel einer seiner Broschüren.

Baumriesen einfach weggesprengt

Auch diese Umbauvision wird im Buch dokumentiert. Luftaufnahmen im Anhang zeigen das Resultat. Davor dramatische Bilder vom Fällen, vom Fallen, am Stamm zerrende Traktoren, riesige Trümmerfelder und rauchende Reste. Der stolze Trupp mit Motorsägen schaffte es aufs Cover. Aber das gewaltigste Foto findet sich auf Seite 96. «Am Tiefpunkt der Beziehung zwischen Mensch und Baum angelangt: Sprengung eines Obstbaumes, um 1950.» So die Bildlegende. Eindrücklich auch die Berichte der damals noch jungen Beteiligten. Einer schildert, wie Baumriesen mit Plastiksprengstoff zerstört wurden, der «viel stärker als Schwarzpulver» war.

Sprengung eines Obstbaumes, um 1950. Archiv Mosterei Möhl AG, Arbon

«Da ist alles voll zersplittert und weggeflogen, das Holz hast nachher nicht mehr brauchen können.» Das war «wie im Krieg». Der enorme Druck habe bei einem Haus eine Wand herausgeschlagen, Türen weggerissen.

Kaum weniger gefährlich war die Arbeit mit Zugseil und Äxten. Und von einem Toten ist die Rede. «Einmal, ich weiss es heute noch als wäre es gestern gewesen, da kamen wir auf einen Hof in Egnach. Da hat der Vater mit dem Sohn einen brutalen Streit gehabt.» Als sie mit dem Fällen fertig waren, so diese Schilderung, «wir waren am Zusammenpacken, da hat man den Vater im Stall gefunden. Er hat sich aufgehängt». Jakob Grob hatte zuvor nie mit jemandem über den Vorfall gesprochen. Ob ihn das Erlebnis nicht belastet habe, fragte der Autor nach. «Wenn man jung ist, sieht man das ganz anders. Im Alter aber ändert sich unser Verhältnis zu den Bäumen.»

Immer wieder wurden Junge gegen die Alten ausgespielt. Sie sollten «fortschrittlicher» sein, die rund um den Hof stehenden, unrentablen Bäume seien nur Verkehrshindernisse. Das kam an. Auch bei den Bäuerinnen wurde für diese «Rationalisierungsbestrebungen» geworben. Denn die Frau müsse ihren Mann darin unterstützen, «oder dort, wo ihm der Sinn dafür abgeht, soll sie mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln ansetzen, sie zu verwirklichen», war im ‹Thurgauer Bauer› zu lesen. Schliesslich gehe es beim Obst vor allem um Frauen- und Kinderarbeit. «Für uns Frauen war der Herbst mit der Apfelernte immer eine wahnsinnig strenge Zeit», räumt eine Betroffene ein. Doch nur wenige waren offenbar für die Fällaktion. Doris Keller berichtet von einem wochenlang andauernden Ehekrach zwischen ihren Eltern, der sich um einen über hundertjährigen Mostbirnbaum auf dem elterlichen Anwesen drehte. Er kam dann auch weg. «Wir Frauen hatten ja nicht einmal ein Stimmrecht und zuhause sowieso gar nichts zu sagen.» Mehrfach brachten sie jedoch ihren Unmut zum Ausdruck. Ein berührendes Zeugnis dafür ist das Plakat, welches Franziska Wertbühl (1893–1983) aus Beggetwil an einen ihrer geliebten, nun dem Tod geweihten Bäume hängte. «Niemand aus ihrer Familie hätte es für möglich gehalten, dass sich die betagte und sehr religiöse Frau dagegen auflehnen würde.» Sie dankte für die vielen geschenkten Früchte; der Verlust werde sich «noch manchmal fühlbar machen und die Herzen bedrücken». Oft erfasse sein Glück erst, wer es nicht mehr habe. Unterschrieben war ihre Klage «in Trennungstrauer».

Unter den Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, von denen Ruault einige mehrmals traf, gar in Gruppen zu klärenden Gesprächen zusammenbrachte, finden sich auch solche, die dem behördlichen Druck und dem Trend widerstanden. Jakob Niederer, Jahrgang 1941, zeigte ihm in Happerswil einen Bestand mit Hunderten von Hochstammbäumen. Da sei Lüthi im November 1963 – notabene unangemeldet – aufgetaucht, durchmarschiert «und nicht lange darauf hat er gesagt: Willst du nicht gleich alle umtun?». Ihm war gleich klar: «Das mach ich nicht!» Und sein Vater habe wutentbrannt über die «Tübel» gewettert, die nichts Besseres zu tun hätten, als alle Obstbäume fällen zu lassen. «Vielleicht haben wir ihm die richtige Antwort gegeben», merkte Niederer noch an. Jedenfalls ist auch die nächste Generation bei der Obstbaufamilientradition geblieben.

Landwirtschaftspolitik – für alle!

Eigentlich wollte ich hier noch ein brandneues ETH-Buch einbeziehen: die von Robert Huber nach einer Vorlesungsreihe verfasste «Einführung in die Schweizer Agrarpolitik». Interessant, doch eher für Leute, die sich institutionell mit dem oft tragisch wechselvollen Seilziehen befassen wollen, das weder ökologisch noch ökonomisch zu Ideallösungen führt. Sowohl der Abschnitt über die «Bedeutung der Volksinitiativen in der Entwicklung der Agrarpolitik» als auch jener zum «Erscheinungsbild der Landwirtschaft in der Schweiz» könnten zu dieser Rückblende passen und zum positiveren Ausblick überleiten. Mehrmals geht es um Multifunktionalität, um Biodiversitätsbeiträge. Aber das kann selbst suchen, wer mag – das Werk ist als Open Access-Angebot für alle frei zugänglich. Gut so!

Für mehr Agrikultur im Kleinen

Wer landwirtschaftlichen Alternativen direkter nachspüren will, findet im ‹Agricultura› der Kleinbauern-Vereinigung vierteljährlich frische Impulse. Die den Konsumaspekt stets einbeziehende Organisation hat ihr Magazin – früher ‹Ökologo› – zum 40-Jahr-Jubiläum umgestaltet und inhaltlich klarer profiliert. Hier werden aktuelle Herausforderungen der Agrar- und Umweltpolitik offen angegangen. In der jüngsten Ausgabe geht der zentrale Text auf den Vegan-Trend ein. Titel: «Es gibt keine unschuldige Ernährung.» Alle müssen essen. Um zu vertretbaren Produktionsarten zu kommen, müssten also alle Beteiligten ihren «eigenen Kompass» finden; «keine Variante kommt ohne ethische und moralische Kompromisse aus». In der «Weniger ist mehr»-Kampagne wird mit Tierschutzverbänden zusammengearbeitet, bei den anstehenden Abstimmungen auf die Weichenstellung an den Urnen gesetzt, nachdem vom Parlament kein akzeptabler Gegenvorschlag kam.

Vielleicht exemplarisch für das Bemühen um optimale Wege ist der Ort, wo sich die Vereinsmitglieder am 30. April zur Jahresversammlung treffen: Auf dem Biohof Enderlin im thurgauischen Lengwil werden Obst, Baumnüsse, Getreide und Gemüse kultiviert; eine Mutterkuhherde nutzt das Grasland. Es gibt einen Hofladen, Räume für Feste sowie eine Ferienwohnung für Gäste. «Möglichst nah an der Natur, am Produkt und an den Kunden sein» … Bei der Anmeldung ist Vegi- oder Fleischmenu anzukreuzen.

Ein weiteres Ziel könnte bei einem Ausflug ins nahe Mostindien die Obstsortensammlung bei Roggwil sein. Zwar sind «Dreiviertel der einst vorhandenen Obstsorten in den letzten 40 Jahren verschwunden», aber auf einer Fläche von immerhin fünf Hektaren pflanzte und pflegt ein Verein wieder gegen 400 Hochstämmer: Apfel-, Birn-, Zwetschgen-, Pflaumen, Kirsch- und Nussbäume – jeder trägt eine andere Sorte. «Ziel ist es, die Vielfalt auch für nächste Generationen zu erhalten.» Und das wird hochoffiziell von jenem Bundesamt für Landwirtschaft unterstützt, das anno dazumal den Kahlschlag mit vorantrieb … Der neu angelegte Obstgarten steht «allen Interessierten das ganze Jahr» offen. Doch ideal wäre eine Blütenwanderung in den nächsten Wochen, wie sie Thurgau Tourismus empfiehlt. Dort lässt sich via «Bluescht-Telefon» sogar der günstigste Zeitpunkt erfragen.

Vierhundert Apfel-, Birn-, Zwetschgen-, Pflaumen-, Kirsch- und Nussbäume – jeder trägt eine andere Sorte.

Bei der Gelegenheit wäre auch ein Besuch im Mosterei- und Brennereimuseum Arbon einzuplanen. Mindestens eine gute Stunde. Bereits im Eingangsbereich wird in Kurzform an die lange Zeit völlig verdrängte «Baummord»-Geschichte erinnert, und im Möhl-Saftladen ist die Dokumentation erhältlich. Für mich war sie eins der auf- und anregendsten Sachbücher seit langem.

Franco Ruault: **«Baummord».** Die staatlich organisierten Schweizer Obstbaum-Fällaktionen 1950-1975. Thurgauer Beiträge zur Geschichte, Band 159. Frauenfeld 2021, 160 Seiten, 48 Franken. Auch im Shop des Schweizer Mosterei- und Brennereimuseums Arbon erhältlich.

Robert Huber: **Einführung in die Schweizer Agrarpolitik.** vdf-Hochschulverlag an der ETH, Zürich 2022, 260 Seiten, 42 Franken. Digital kostenfrei im Open Access-Angebot!

Agricultura 01/2022. **Magazin der Kleinbauern-Vereinigung.** Bern, 20 Seiten. Digital abrufbar bei kleinbauern.ch

obstsortensammlung.ch / thurgau-bodensee.ch

Eine kurze und eine lange (schlimme) Nacht

Samstag, 9. April

8.30 SWR: **«Lehrkräfte zweiter Klasse?»** Britta Mersch über Quereinsteiger in der Schule.

10.00 DLF: **«Klassik, Pop et cetera.»** Heute mit Angelika Klüssendorf, Schriftstellerin.

11.00 DLF: **«An Mamas Seite.»** Wie Österreich die Pflege organisiert. Antonia Kreppel in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Zunehmend machen internationale Konzerne mit der Altenpflege in Heimen das grosse Geschäft. Dem steht der Wunsch von vielen alten Menschen entgegen, zu Hause gepflegt zu werden. Wie wäre das machbar? Österreich ist mit dem Modell der 24-Stunden-Betreuung durch Pflegekräfte aus dem Osten in die Kritik geraten, geht nun aber auch neue Wege. So können zum Beispiel im Burgenland auch Familienmitglieder ihre Angehörigen pflegen, bezahlt vom Staat … Parallel bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Dominic Deville, Entertainer.

17.00 SWR: **«Zeitgenossen.»** Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma.

19.00 SWR: **«Wenn Engel brennen.»** Der dritte und letzte Teil des Krimis.

20.00 SRF 2: **«Was siehst du? Die Nacht!»** Hörspiel von Ludwig Fels. 1944: Die kleine Mirka und ihr Vater, in einem Viehwaggon eines Deportationszuges auf der Strecke vom Ghetto Lódz nach Auschwitz. Mirka voller Leben, aber mit Zweifel, weil der Nazi-Hund beim Einsteigen ihre Puppe gebissen hat. Der Vater versucht sie zu beruhigen. Kinderfantasie gegen ohnmächtige Notlügen des verehrten Papas. Ein eilends zusammenerfundenes Märchen als Replik auf unbeantwortbare Fragen … Der vom Autor kurz vor seinem Tod verfasste Text wurde laut Vorschau – trotz allem – zu einem Hörspiel, «das Trost spendet. Und die Macht der Fantasie feiert». Gleichzeitig beim DLF: «Kältere Schichten der Luft.» Hörspiel von Antje Rávik Strubel. Erinnerungen an eine Liebesgeschichte. In einem Feriencamp, wo sich junge Leute aus Ost- und Westdeutschland als Helfende zusammenfanden – jede und jeder auf seine Art gescheitert und entwurzelt.

21.00 SRF 2: **«Musik unserer Zeit.»** Gabrielle Weber über Olga Neuwirth und deren ‹Construction in space› – akustischer Terror und existenzieller Ausnahmezustand.

22.00 DLF: **«Atelier neuer Musik.»** Robert Nemecek stellt im dritten Teil einer Serie über Ensemblekulturen das Quasars Ensemble in Bratislava vor. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: «Biss, Blues und Balladen.» Bert Noglik porträtiert die Sängerin Carmen McRae. Danach folgt hier in der Vormitternachtstunde: «90° 0' 0'' S.» Hörspiel von Maren Kames. Der geografische Südpol werde hier zum Ausgangspunkt einer poetischen wie musikalischen Erkundung.

23.00 DLF: **«Andersdenken lebensgefährlich.»** Eine Lange Nacht zum Staatsterror in der Sowjetunion. Gestaltet von Winfried Roth und Beate Ziegs. Millionen Menschen wurden zwischen 1918 und 1953 in der Sowjetunion erschossen oder starben bei Zwangsarbeit. Mehr noch fielen Hungersnöten zum Opfer. Schon seit der Oktoberrevolution von 1917, so die Vorschau, habe sich ein krasser Widerspruch zwischen dem Anspruch «sozialer Befreiung» und dem Ausbau unkontrollierter Macht durch die Geschichte der UdSSR gezogen. «Für die Partei Lenins, Trotzkis und Stalins war Gewalt eine selbstverständliche Form von Politik.» Sie richtete sich gegen Vertreter des gestürzten Zarenregimes, in erster Linie aber gegen «Feinde aus den eigenen Reihen». Sie traf Dorfbevölkerungen, die anfangs zu grossen Teilen die Kommunisten unterstützten, ebenso wie die Parteielite. All die vermuteten «ungeheuerlichen Verschwörungen» gab es nicht, aber seit Mitte der 30er-Jahre beeinflussten derart wahnhafte Vorstellungen die Politik. Der Terror schwächte Wirtschaft und Armee, doch es profitierten auch viele vom Tod anderer. Es eröffneten sich ihnen unverhoffte Karrieren; die Konformisten und auch deren Kinder und Enkel sicherten dem Regime bis zu dessen Zusammenbruch eine gewisse Stabilität. Heute zeige der offizielle Umgang mit ‹Memorial›, der internationalen Organisation, die sich mit der Aufarbeitung stalinistischer Vergangenheit und mit aktuellen Menschenrechtsverletzungen in Russland auseinandersetzt, «dass die langen Schatten der Vergangenheit bis in die Gegenwart weisen».

Sonntag, 10. April

8.30 SRF 2: **«Friedensbewegung, wo bist Du?»** Perspektiven-Recherche von Judith Wipfler. Zu den Befragten gehört Arne Engeli, der zum «Urgestein» der Friedensgruppen in der Schweiz gehört. Schon seit Jahrzehnten prägt er den Bodensee-Ostermarsch mit. Er wird auch am kommenden Ostermontag in Bregenz dabei sein. Was entgegnet er jenen, die jetzt von der Zeitenwende sprechen, nach der Westeuropa wieder aufrüsten müsse? Mit dabei auch Lea Suter von Swisspeace. Wo schöpft sie Kraft, um den gewaltlosen Weg weiter zu gehen? Nochmals zu hören am Mittwoch um 9 und 18.30 Uhr. Parallel bei SWR 2 in der Aula: «Wandel statt Verfall.» Werner Schäfer aus Trier über die Veränderung der deutschen Sprache.

9.30 DLF: **«Hinterher ist man immer schlauer.»** Über Zukunftserzählungen. Essay von Dirk Peitz.

12.00 SWR: **«Gottlos beten.»** Begegnung mit Niklaus Brantschen, dem Schweizer Jesuiten und Zen-Meister.

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast.»** Jörg Boner, Designer.

13.30 DLF: **«Zwischentöne.»** Musik und Fragen zur Person. Michele K. Troy, Literaturwissenschaftlerin. Für ihr jüngstes Buch recherchiert sie die Geschichte eines deutschen Verlags in Paris, der während der NS-Besatzung englische und amerikanische Literatur in Umlauf brachte: «ein Wissenschafts-Thriller».

14.00 SWR: **«Untergewöhnlich.»** Eine praktische Übung nach Georges Perecs ‹Versuch, einen Platz in Paris zu erfassen›. Feature von Nicole Paulsen.

15.00 SWR: **«Zur Person.»** Asya Fateyeva, Saxofonistin. Und beim DLF in Rock et cetera: «Vorsicht Wasserschlangenfrau.» Anke Behlert über die Songwriterin und Musikerin Sasami Ashworth.

18.20 SWR: **«Erinnerung eines Mädchens.»** Nach dem Buch von Annie Ernaux. Ihr erstes Mal hatte einen anhaltenden Schock zur Folge. Wohin mit der Scham?

20.00 DLF: **«Alis im Wunderland.»** Vom Gastarbeiter zum Gangsta-Rap. Feature von Manuel Gogos. Und bei SWR 2 Kultur im Opernabend: «Die Nase» von Dmitrij Schostakowitsch.

23.00 SWR: **«Old Fart at play.»** Über den Musiker und Dichter Captain Beefheart alias Don Van Vliet. Radioessay von Ralf Thenior. 1976 produziert!

Montag, 11. April

8.30 SWR: **«Weg damit!»** Sven Ahnert zum Aufräumen als Lebensphilosophie.

14.00 SRF 1: **«Küchengeflüster.»** Karin Berri über Gerichte mit Geschichte.

15.00 SWR: **«Aufstand der Fussball-Fans.»** Martina Keller über den Protest gegen Katar-Sponsoring.

19.15 DLF: **«Andruck.»** Das Magazin für Politische Literatur. Immer montags!

Dienstag, 12. April

8.30 SWR: **«Das Haus als Rohstofflager.»** Ralf Hutter zum Bauen mit Recycling-Material.

15.00 SWR: **«Rappen gegen Rassismus.»** Christine Werner über Kutlu Yurtseven und die Microphone Mafia.

19.15 DLF: **«Ausverkauf der Häfen.»** Wie China durch Terminal-Beteiligungen in Europa profitiert. Feature von Egon Koch.

20.00 DLF: **«Nach Mitternacht.»** Der zweite Teil einer Hörspielfassung des Romans von Irmgard Keun. Parallel bei SWR 2 Kultur: «New York im Schwarzwald.» Sam Rivers' musikalischer Kosmos. Und nach 21 Uhr in der JetztMusik: «Komponierte Achterbahnfahrten.» Ein Porträt der Komponistin Georgia Koumara.

Mittwoch, 13. April

8.30 SWR: **«Keine Angst vorm Wolf.»** Pascal Fournier fragt, wie sich Nutztiere schützen lassen.

10.00 DLF: **«Beispiel Russland.»** Wie gefährdet ist der grenzenlose Informationsfluss?

15.00 SWR: **«Mütter und ihre Mütter.»** Eunike Kramer und Martha Hennersdorf über Mutterbilder im Wandel.

20.00 SRF 1: **«Friss oder stirb.»** Spasspartout-Kochshow mit Rebekka Lindauer. Parallel bei SRF 2 in Musik unserer Zeit: «Die Netzwerkerin.» Ann Cleare und ihre Klangwesen.

20.30 DLF: **«Mon Chéri und unsere demolierten Seelen.»** Verena Rossbacher liest aus ihrem neuen Roman. Lebensklärung in den österreichischen Bergen … Mehr in einer Woche!

21.00 DLF: **«De Frau Kühne kommt gross raus.»** Ingrid Kühne als Kabarettistin.

Donnerstag, 14. April

8.30 SWR: **«Malerei aus der Psychiatrie.»** Eberhard Reuss zur Sammlung Prinzhorn.

15.00 SWR: **«Ein Jude in kirchlichen Diensten.»** Igal Avidan über Jakob Eisler und das Wirken württembergischer Templer im Heiligen Land.

20.00 SWR: **«Brüderchen und Schwesterchen.»** Eine Musikpassage von Monika Gratz. Miteinander, gegeneinander?

Freitag, 15. April

8.30 SWR: **«Leitfaden für ein gutes Ende.»** Fragen an Sterben und Tod. Ein Aula-Gespräch mit Claudia Bausewein, Palliativmedizinerin. Und bei SRF 2 geht's um Fastentrends zur «Entschlackung der Seele».

9.30 DLF: **«Damenflügel.»** Werden Frauen das Schachspiel erobern? Essay von Louisa Thomas.

14.00 DLF: **«Radikale Netzwerke.»** Einblicke in Pflanzenwelten. Feature von Antonia Kreppel.

16.30 DLF: **«Das Wir im Ich.»** Kultur, Denken, Fühlen. Volkart Wildermuth in Forschung aktuell.

18.00 SRF 2: **«Villa Senar.»** Rachmaninows Refugium am See. Eine Passage von Patricia Moreno.

18.20 SWR: **«Lehrjahre der Männlichkeit.»** Geschichte einer Jugend. Dreiteilige Hörspielfassung der ‹Éducation sentimentale› von Gustave Flaubert.

19.15 DLF: **«Kunst und Tourismus.»** Auf Reisen durch fremde Wohnungen. Eine Kulturreportage von Annette Kammerer.

20.00 SRF 2: **«Der bedrohte Quellenschatz der Schweiz.»** Passage von Yvonn Scherrer. Wasserschloss Europas, edles und reines Wasser … Aber: Nur noch jede zehnte Quelle ist naturbelassen, viele sind in Privatbesitz und werden als Geldquelle genutzt. Parallel beim DLF: «Traumland.» Deutschland durch fremde Augen gesehen. Feature von Markus Metz und Georg Seesslen. Und bei SRF 1 die Reprise eines Hörspiels: «Die Frau des Bäckers.» 1963 produziert – angelehnt an Bilder von Marcel Pagnol und eine alte Geschichte bei Jean Giono.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen auch im Podcast-Angebot.

Solidarität

Die beiden Historiker gehen dem inhaltlichen Wandel der Solidarität nach, die durch Flüchtende oder die Pandemie derzeit eine neue Aktualität erfährt. Zunächst, so ein erstes Ergebnis der lesenswerten Studie, beschreibt der Begriff eine soziale Praxis, die erst im zwischenmenschlichen Raum des Handelns ihre Existenz erfährt. Die Französische Revolution setzt mit dem Begriff der «Fraternité» dabei politisch einen Anfang. Im 19. Jahrhundert manifestiert sich dieser Kampf in immer grösser, auch anonymer werdenden Zusammenschlüssen und mündet mit der gesetzmässigen Übernahme dieser Forderungen in den Sozialstaat. Errungenschaften wie die wesentlichen Risiken gegen Krankheit und Alter, aber auch Teile des Verkehrs oder des Postwesens übernimmt oder regelt der Staat, bis mit dem Neoliberalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts deren Entsolidarisierung einsetzt. Vorherige Solidargemeinschaften werden sukzessive der Allgemeinheit entzogen, dem Profitinteresse des Kapitals unterstellt, der Gedanke der Solidarität diskreditiert und ins Privatleben verbannt.

Brigitta Klaas Meilier

Dietmar Süß / Cornelius Torp: **Solidarität.** Vom 19. Jahrhundert bis zur Corona-Krise. Dietz Verlag 2021, 214 S., 24.90 Franken.

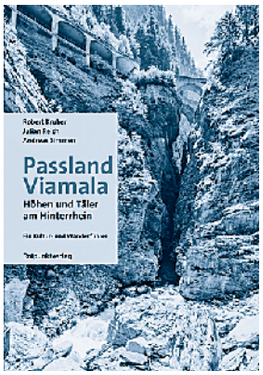
Feine PR

Heutzutage lässt es sich in vielen Berghütten gut, eigenständig und regional speisen. Währschaft ist es meist, müssen die Zutaten doch gut lagerbar sein und verbrennt man auf dem Hinweg Kalorien. Dieses Buch ist mehr als ein Kochbuch: Grossformatige Farbfotos machen gluschtig auf die kulinarisch portraitierten Hütten und ihre Spezialitäten. Die Rezepte sind einfach nachkochbar und die Zutaten unkompliziert. Die meisten Gerichte hat die Bergwandererin in der einen oder anderen Hütte schon gehabt. Bloss in welcher? An manch hochwillkommene, wärmende Suppe bei Hudelwetter mag ich mich erinnern und an frisch gebackene Kuchen auf einer Aussichtsterrasse. Zum Znacht gibt oft auch vegi, auf Wunsch oder grad für alle. Exotisches sucht man fast vergeblich, um Schweizer Kost geht's und um's für grössere Tafeln gut und ohne viel Gerätschaften kochen. Das Apfelmus zu den Älplermagronen ist selbst gemacht und die Hörnli aus lokaler Produktion. Von Frühstück bis Dessert lassen sich mit diesem Buch über 40 Speisen nachkochen, um Bergtourenlaune zu schaffen, wenn grad nicht Saison oder Wochenende ist.

Claudia Nielsen

Monica Schulthess Zettel: **Das Beste aus den Hüttenküchen.** Weber Verlag 2021, 364 Seiten, 39 Franken.

Passland



Unangenehm bekannt ist diese Region der Radiohörerin wegen der Staumeldungen auf der A13 – San Bernardino. Wer aber einmal im Winter mit Schneeschuhen über genau diesen Pass ist, weiss: Diese Region kann mehr. Und auch die schlechten Wege – Via mala: Das war einmal.

«Ein Kultur- und Wanderführer» heisst der Untertitel. Das Buch könnte beides für sich sein, in der Kombination ist es noch besser. Man merkt den drei Autoren ihre Liebe zur Region und ihr journalistisches Können an, und so liest es sich leicht und gut, selbst wenn man (gerade) nicht wandert. Im Haupttal, dem Hinterrheintal, wie in den mit weiteren Übergängen gespickten Seitentälern gibt es zu fast jeder Jahreszeit Schönes, Wildes oder Interessantes zu erwandern und Hintergründe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte (bewährt kritisch dargetan) zu entdecken. Bloss für die Jahreswechselmonate müsste noch ein Schneeschuhbuch her, aber da geht frau eh besser geführt.

Der Informationsteil ist praktisch und übersichtlich, neu lassen sich auch GPS-Daten runterladen, und bietet für fast jeden Geschmack das Nötige. cn.

Robert Kruker, Julian Reich, Andreas Simmen: **Passland Viamala.** Rotpunktverlag 2021, 320 Seiten, 39 Franken.

Krimi der Woche

Es ist der siebte Krimi mit Zita Schnyder und Werner Meier, aber für mich ist es der erste, den ich lese. Umstände und Personen sind mir unbekannt. Aber das gibt sich rasch. Vertrautheit mit dem schillernden Botschafter Stephen Keller ist bald da. Er macht eigentlich nur Zwischenstation in seinem frisch restaurierten Patrizierhaus am Lindenhof in Zürich. Das eigentliche Ziel von Stephen Kellers Reise und seiner Frau Helly ist Davos, wo er am WEF mit dem begehrten Crystal Europe geehrt werden soll. Die Verleihung der Auszeichnung ist für Kellers eingereichtes Sicherheitsprojekt vorgesehen. Den Stopp in Zürich nutzt Keller – er liebt Inszenierungen –, um in seinem Haus einen grossen Empfang zu geben. Plötzlich brennt das Haus, dabei kommt es zu einem Toten. Ein Kurier, der zum vegetarischen Buffet zusätzlich Bratwürste liefert, stirbt in einem Kellerabteil des Hauses, er litt unter Asthma. Unfall oder Mord?

Brandstiftung steht im Vordergrund. Viele der Gäste stammen aus der Diplomatenszene und verfügen über Immunität, das erschwert die Ermittlungen. Die Brandaufklärung und die Furcht, dass weitere Brände folgen, ist nicht der einzige Handlungsstrang. Eine Bewohnerin und ihr vierjähriger Sohn in einem Schlupfhouse in London stehen ebenfalls im Zentrum des Plots. Pola Lensky muss mit Henri den Zufluchtsort aber subito verlassen, da das Schlupfhouse gut erkennbar kurz in den sozialen Medien gezeigt wurde. Zita Schnyder, die für ihre Genderstudie zufällig in London ist – derweil ihr Partner Werner Meier die Kinder betreut und den Haushalt schmeisst – fährt mit den beiden abenteuerlich nach Zürich. Sie werden vom Colamann heimlich beobachtet und verfolgt. Pola spürt das intuitiv und gerät immer wieder in Panik. Der Mann steckt dem Kleinen geheim Colafläschchen zu und verfolgt so seine Spur. Die Umplatzierungen durch die Betreuerin Mischa Hare und die tatkräftige Hilfe von Zita Schnyder beschwichtigen Pola kaum.

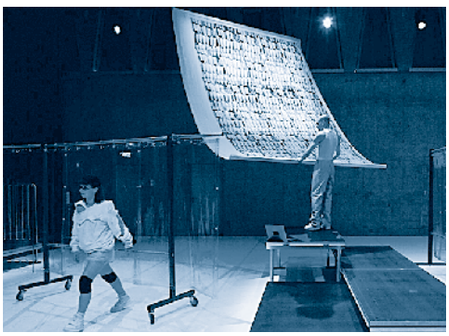
Derweil ermitteln verschiedene Protagonisten, vor allem Beanie Barras und Werner Meier im Brandfall Lindenhof. Sie vermuten, dass der alte Kaminfeger Ruedi Kundert der Feuerteufel sei, können ihn aber nirgends finden. Zunehmend wächst die Angst vor einem weiteren Brand, das erweist sich als begründet.

Die Themen der Autorin wie Brandermittlung, Schlupfhouses und vor allem Gewalt an Frauen, die durchaus psychisch subtil sein kann, fügen sich am Ende gut zu einem Ganzen. Gabriele Kasperski beschreibt in ‹Zürcher Glut› starke Frauen. Zentral sind auch Frauen, die um die Anerkennung ihrer geistigen Arbeit geprellt werden. Das Erzähltempo der Autorin und die beiden verschlungenen Handlungsstränge sind eine Herausforderung für Häppchenlesende. Der Lindenhof und die Zürcher Altstadt als Hauptschauplatz sind spannend und erhöhen den Lesegenuss.

Marianne de Mestral

Gabriela Kasperski: **Zürcher Glut.** Emons Verlag 2022, 332 Seiten, 19.90 Franken.

Evolution



Maxi Schmitz

Solange der Geist innerhalb einer Entwicklung ausgeschlossen ist, bleibt deren Potenzial endlich.

Fünf TänzerInnen bevölkern den Saal im Tanzhaus. Ihre Bewegungssprache zeichnet individuell und als Gruppe eine Evolution nach, die am einfachsten mit kleinkindlich beschrieben werden kann. Bodennah kriechen, dann auf allen Vieren, aufrecht sitzen, stehen, gehen, tanzen – und wieder rückwärts. Gruppendynamisch entwickeln sie sich vom verlorenen Individuum zur verschworenen Gemeinschaft – und wieder zurück. Sofern die kryptische Theoriebeschreibung der Absicht des Konzept von Isabel Lewis für «Scalable Skeletal Escalator» überhaupt in eine Verständlichkeit überführt werden könnte, dann tendierte meine Interpretation davon in Richtung Beschränktheit oder Endlichkeit eines alleinigen Vertrauens auf Physik, Naturgewalten, Wachstum und Wucher. Ohne Reflektion – die wird zwar anhand einer Selbstkonfrontation mit einem Spiegel kurz angedeutet, aber verliert sich auch wieder – bleibt der Klumpen lebendigen Organismus' ein schwerfälliges Etwas, das planlos Raum einnimmt und sich nach ausreichendem Selbstausdruck oder -erfahrung auch wieder zurückentwickelt. Ein Interpretationsteppich schier grenzenlosen Ausmasses tut sich hier natürlich auf, wobei nicht gänzlich unneckisch wäre, erführe jemand beim Zurverfügungstellen der eigenen Sinne, ob und wenn ja welche konkretere Intention die Absenderin vermittelt wissen möchte. (Und wieso sie es nicht einfach tut.) Drei grosse Plakate mit Natursymbolik und fünf Plastikplanen, die zu einer medizinischen Isolierzelle zusammengefügt werden können und zum Schluss das Publikum von den TänzerInnen separieren, suggerieren eine Laborhaftigkeit. Da aber während der Performance innen und aussen der Isolierzelle mehrfach als dasselbe verwendet werden, lässt sich auch diesbezüglich nichts festmachen. Der Sound wirkt sehr technoid. Klar wird: Die Natur macht, unterlässt, passt sich an. Der Mensch darin erscheint als hirnlose Manövriermasse. froh.

«Scalable Skeletal Escalator», 2.4., Tanzhaus, Zürich.

Zwiespalt

Linda Pollari

Der Kopf ist widerständisch, der Körper willigt ein, aber die Wand alias Realität steht stoisch im Weg.

Es ist kein Zuckerschlecken, sagt frau. Individuell privilegiert durch ein soziales Netz, eine bereits fortgeschrittene berufliche Reputation und einen unbedingten Willen, das jetzt hinzubekommen. «Motherhood» von Monika Truong ist vieles zugleich. Der Versuch, eine Empathie im Publikum zu evozieren, die Wiedergabe einer Arbeitsbemühung angesichts einer praktisch unpraktikablen Struktur, der Beschrieb des Rechtfertigungsdrucks inklusive eines grossen Variantenreichtums von emotionaler Erpressung bei gewollter Kinderlosigkeit, das Werweissen über und Abwägen von Vor- und Nachteilen in diesem und jenem Fall, hypothetisch vorerst, hinsichtlich der biologischen Gegebenheiten aber unbedingt auch total konkret, weil in jedem Fall unumkehrbar. Was zu kurz kommt, ist die Freude. Die, von der rückblickend immer alle sprechen. In «Motherhood» exerziert Monika Truong zusammen mit Judith Koch und Daniela Ruocco die Entscheidung für oder gegen Mutterschaft als einen einzigen Zwiespalt: davor und während. Vor patriarchalen Strukturen und dem kapitalistischen System haben sie die Schnauze voll, eine zufriedenstellende Alternative scheint so leicht aber nicht auszumachen. Ein nebulöser innerer Drang will die Fortpflanzung, der Kopf sich aber nicht zur Sklavin der Biologie machen lassen. Das eine tun, das andere aber nicht lassen, führt wie hier demonstriert ganz augenscheinlich nicht auf direktem Weg ins Paradies. Die Ausgangslage ist die Frau, die Mutter, die auf sich allein gestellt alles mit sich selber ausmachen muss, die Konsequenzen schultern und sämtliche Ungeraden ausbügeln. Besonders ermutigend ist das nicht, im Zweifelsfalle auch nicht sonderlich hilfreich, denn die Arbeit weigert sich neben einer nicht sehr eindeutigen Empfehlung zeitgleich, ein Abgesang oder ein Abraten von Mutterschaft sein zu wollen. Es ist, wie es ist. Und es ist nicht gut, so wie es ist. Das immerhin wird sonnenklar. froh.

«Motherhood», bis 10.4., Gessnerallee, Zürich.

Missverständnis

Florian Kalotay

Es kann sich einer noch so sehr bemühen, wenn das Fundament der Menschlichkeit nicht da ist.

Joschi (Joseph) Schmidt war sich ganz sicher, dass ihm seine Bereitschaft, sämtliche bürokratischen Akte vorbildlich zu erfüllen, die Fürsprache eines einflussreichen Zürchers oder zumindest sein Weltruhm als Tenor hülfen, als in Gesamteuropa verfolgter Jude in der Schweiz Schutz zu finden. So wenig, wie er erwartete, dass die Nationalsozialisten mit ihre Taten jede Vorstellung von Fürchterlichkeit bei Weitem übertreffen würden, so überraschend ereilte ihn die Erkenntnis, dass genau diese herausragenden Merkmale ihn dazu prädestinieren würden, als an ihm zu statuierendes Exempel für die Gleichbehandlung aller ungewollten Asylsuchenden behandelt zu werden. «Ein Lied geht um die Welt» mit den SchauspielerInnen Klaus Henner Russius und Dagny Gioulami, dem fingerflinken Pianisten Edward Rushton und dem Tenor Daniel Camille Benz, erzählt frei nach Lukas Hartmanns Roman «Der Sänger» eine historisch verbriefte Tragödie und lenkt das Gedenken automatisch auf die Vielzahl anonymer Opfer. Die melancholische Schönheit von Schuberts «Wegweiser» aus der Winterreise oder von Massenets «Pourquoi me réveiller?» aus Werter kontrastiert mit der spannenden Erregung angesichts der Gefahren während einer Flucht, wird hintertrieben von amüsanten Bemerkungen aus der Feder von Selma Wolkenheim über den überwältigenden Charme dieses kleinen Mannes und findet sich immer wieder annähernd deplatziert, weil die Signale der Hoffnung erscheinen, als stünde einer Zukunft in Sicherheit diesmal garantiert nichts mehr im Weg. Weil das Menschenmögliche Zuversicht wie Abgründe zugleich umfasst, wird auch die Bühnenfassung zum Sinnbild für einen Balanceakt, das Schlimmste zwar befürchtend immer auch vor Augen zu haben, aber niemals in dieser Härte zu erwarten. Der Gegenwind schlägt indes mitten ins Gesicht. Es muss ein Missverständnis sein. Kann nur. Denn alles andere wäre menschenfeindlich. froh.

«Ein Lied geht um die Welt», 31.3., Sogar Theater, Zürich.

Bild-Oper

Toni Suter

Wer ist das rätselhafte Mädchen mit dem Perl-Ohrring auf Jan Vermeers gleichnamigem berühmtem Bild?

Das Zürcher Opernhaus bringt als Uraufführung Stefan Wirths Opern-Version dieser Frage heraus: Psychologisch spannend, streng inszeniert und ziemlich düster. Die Oper lebt, das zeigt das Opernhaus mit der dichten Uraufführung von Stefan Wirths erster Oper «Girl with a Pearl Earring». Erzählt wird nach dem gleichnamigen internationalen Erfolgsroman von Tracy Chevallier die Geschichte der Magd Griet, die ins Haus des mässig erfolgreichen Malers Jan Vermeer kommt. Spannend ist, wie das Stück aus der Innensicht Griets eine Coming of Age-Geschichte entwickelt – Lauren Snouffer gestaltet die Figur packend. Da ist die Annäherung an Metzger Pieter (Jannic Debus sehr überzeugend), da ist die Entwicklung vom Hausmädchen zur Assistentin und zum Modell des Malers (Thomas Hampson mit fast zu grosser Präsenz), und da ist die Entwicklung eines Konflikts mit dessen Familie (mit Laura Aikin steht eine Figur auf der Bühne, mit der man keinen Streit will).

Starker Sog

Der Komponist Wirth braucht dafür ein gross besetztes Orchester mit viel Schlagzeug und vier(!) Klavieren. Da wird geschabt und geklopft, aber auch ganz traditionell gespielt, so wie er sich nicht fürchtet, eine (fast) lineare, psychologisch aufgeladene Oper zu schreiben, in der das Publikum mit den Figuren auch dank Textverständlichkeit und sanglichen Linien gut mitgehen kann. Der Regisseur Ted Huffmann setzt ganz auf strenge Reduktion. Pausenlos dreht eine auf der einen Seite schwarze, auf der andern leuchtend weisse Wand auf der Drehbühne. Griet ist immer in Bewegung, für die raschen Szenenwechsel frieren die andern Figuren in ihren altniederländischen Kostümen oft einfach ein oder werden von der Wand quasi verschluckt. Das erzeugt selber einen starken Sog und gibt der Musik viel Raum. So funktioniert neue Musik bestens auch für Nicht-Spezialisten. tg.

«Girl with a Pearl Earring», bis 8.5., Opernhaus, Zürich.

Ausgerechnet

K. Agafonov

Ein Sitzkreis, eine Gitarre, ein Koffer-plattenspieler und ein Archiv voller Geschichten über Scham.

Wenn ichs recht bedenke, haben die jüngsten Erinnerungen an Scham allesamt mit der Bewusstwerdung der eigenen Ignoranz zu tun: Einer jungen Frau in der Türkei riet ich, als sie mich nach einem Rat fragte, viel zu reisen. «Ich bekomm doch nirgendwo eine Visa», lautete die Antwort. Gegenüber einem Künstler in Russland beklagte ich die Rechtslastigkeit in unserem Land. Er lachte mich mit dem Hinweis auf 100 Prozent «Einiges Russland» aus und doppelte mit einer nur rudimentären, dafür heftigen Liste von Einschränkungen in der Freiheit seiner Lebensführung nach. Zwei Augenblicke, zwei Gründe für Scham, einfach verdrängbar, zumal sie Jahre zurückliegen. Wieder in Erinnerung gebracht hat sie «Schäm Dich!» von Trixa Arnold und Ilja Komarov. Ein formal simpler Abend, an dem sie aus ihrer Sammlung an Scham-Geschichten vorlesen, Musik spielen und die Interaktion mit dem Publikum suchen. In Zürich fällt der letzte Teil sehr zurückhaltend aus. Ausgerechnet über Scham öffentlich Zeugnis ablegen… Geht gar nicht. Zumal Scham ja auch der Hindernisgrund dafür ist, als erster diesen Schritt zu tun. Ihre Sammlung basiert auf anonymen Aussagen, die in ihrem Scham-O-Mat, ihrer Website schaemdi.ch oder auf Tour in direkten Gesprächen gegenüber geäussert worden sind. Ungefähr 300 Geschichten sind es bis jetzt. Sehr private, sehr profane, sehr harmlose – aber eben auch sehr irritierende, sehr bedrückende, sehr verstörende. Je nach Erfahrungshintergrund – eine Kindheit im Krieg, ein sexueller Übergriff, eine engstirniger Racheakt – manifestiert diese Arbeit indirekt, aber sehr konkret, wie leicht es uns, hier, jetzt fällt, sich in einer bequemen Haltung des wohlmeinenden Wissens zu verkriechen, statt weiterhin zu fragen und anschliessend auch zuzuhören. Selbst oder erst recht, wenn die Antwort nicht wie erwünscht herauskommt. Eine Einladung zu einem Schritt heraus aus der Komfortzone. froh.

«Schäm Dich!», bis 10.4., Fabriktheater, Zürich.

Fassade

Ryusuke Hamaguchi verbindet drei völlig verschiedene Kurzfilme über japanisches Sozialverhalten.

Eifersucht, Rache, Sehnsucht. Starke Emotionen mit einer körperlichen Komponente, wenn nicht sogar einer sexuellen. Und Unglück. Als Folge. Die beste Freundin schwärmt davon, den perfekten Mann kennengelernt zu haben, bis die Zuhörerin erlickt, dass es sich dabei um ihren Ex handelt. Dabei ist er doch ihr nahe einer Hörigkeit verfallen und wird ihre beste Freundin darum ins Unglück stürzen. Eine Studentin will sich an ihrem Professor dafür rächen, dass er ihren Liebsten nicht angestellt hat und versucht, ihn zu einer sexuellen Anzüglichkeit zu animieren, was sie aufnehmen und publizieren will. Zwei Frauen treffen sich auf der Strasse im Glauben, ehemalige Mitschülerinnen zu sein, die sich nach Jahrzehnten endlich wiedersehen. Obschon die Verwechslung bald kenntlich wird, bleiben beide in ihren Rollen haften und spielen ihr Spiel einfach weiter. «Wheel of Fortune and Fantasy» von Ryusuke Hamaguchi («Drive My Car») ist vordergründig belustigend komisch, wobei das im japanisch konnotierten Sozialverhalten aus einer europäischen Perspektive nie so ganz gewiss dechiffriert werden kann. Es könnte auch sein, dass der dreigeteilte Film eine Anklage gegen die Diskrepanz zwischen öffentlich erkennbarem Tun und inhaltlich dem zuwiderlaufenden Hintersinn ist. Oder im Gegenteil sogar ein Quell für Trost, wenn alles, aber auch wirklich alles letztlich halt doch ins Unglück führt. Wenn auch in allen drei Episoden überaus indirekt und nicht im ursprünglich erwarteten Sinn. Aber dennoch. Eine weitere Vermutung geht in Richtung, dass sich Hamaguchi in diesem Tryptichon der Frage annimmt, ob sich jemand überhaupt noch seiner selber sicher sein kann, wenn die gesamte öffentliche Erscheinung als eine einzige gespielte Fassade ausgestaltet werden muss. Ergo, ob man sich selbst, den Bezug zu seinen Wünschen und Bedürfnissen verlieren kann, beim konstant kontrollierten Versuch, alles richtig zu machen. froh.

«Wheel of Fortune and Fantasy» spielt im Kino RiffRaff.

Postcoronale Verwirrungen

Corona ist vielleicht schon bald Geschichte – hinterlässt aber landauf, landab geistige Verwüstungen. Auf Telegram sucht jemand: «eine Person im Raum Zürich, die aktuell Corona hat – ich hätte gerne ein paar Fragen.» Das ist wohl die maximale Verwirrung. Gewöhnlich haben die Leute ja jede Menge Fragen und hätten immer nur gern Antworten. Warum uns heute zu Corona nicht mal mehr Fragen einfallen, weiss vielleicht die Person, die hinter diesem Zürcher Graffiti steckt: «... ein Virus aus dem aus dem Weltall kam und den Menschen den Verstand weg nahm.» Dieser Reim ist zwar reichlich lahm – inhaltlich aber wahrscheinlich korrekt, denn: Auch bei mir bei mir, da reicht es itzo nur mehr noch für Spott und Witze!

In meinem Quartier wird renoviert. Wenn das Auto der Dachdecker-Bude herumsteht, muss ich immer lachen, denn darauf steht: Pilatus Flachdach. Das erinnert mich an meinen ehemaligen Religionslehrer namens Friedhelm Krieger. Eine ganze Weile kann ich drögem Alltagsdenken entfliehen, indem ich fiktive Romanfiguren mit ähnlich widersprüchlichen Personennamen erfinde: Der erfolglose Detektiv Klever Dumpfback. Die uncharmante Bardame Büsi Hunziker. Der notorische Lügner Shorty Longleg. Der konkursite Geschäftsmann Hanswurst Ernst. (Bitte ergänzen!) «Wir reparieren alles – ausser Wasser und Strom», steht auf einem anderen Handwerker-Büssli. Die kennen immerhin ihre Grenzen. Mit defektem Wasser ist nämlich nicht zu spassen – kaum hat es sich zwei H abgeknackst, schon entweicht es als Ozon in die Atmosphäre und beisst in den Augen. Da kann der Klempner nur noch in die Röhre gucken!

Die Werbewelt taumelt von Fettnapf zu Fettnapf. Keine Kauflust löst bei mir jedenfalls das «Druckkleid mit kurzen Armen» aus – ich empfinde eher eine Mischung aus Atemnot und Mitleid. Ganz ähnlich geht es mir beim «Fisch auf Gemüsebeet». Eben noch schwamm der Salm quicklebendig im Flussbett, versprochen war ihm eine letzte Ruhestätte auf aromatischem Gemüsebett, und jetzt soll er einfach so zwischen Kartoffelstauden und Kohlköpfen auf der Erde liegen? Da knirscht mir ja schon rein von der Vorstellung der Dreck zwischen den Zähnen. Ich nehm dann mal lieber Fleischkäse mit Pommes...

«Worin ich investiere, bestimme ich allein,» so wirbt eine junge Frau für ein Finanzinstitut. Sie tat es zum Zeitpunkt des Fotografiertwerdens gerade in einer reichlich tätowierten Haut und in jugendlich-modischen Kleidern. Vielleicht tut sies zu anderen Zeiten aber auch im Morgenrock, in einem Schaumbad oder in der Besenkammer, das kann man bei so originellen und burschikosen Leuten nie wissen. Wir verstehen aber auf Anhieb, dass investieren anscheinend weniger kompliziert sein soll als der Unterschied zwischen dem Dativ und dem Akkusativ eines interrogativen Adverbs. Der Akkusativ von «Worin» wäre ja nicht etwa ... «Worein ich investiere, bestimme ich allein»? Reimt sich, klingt aber affig. Fast so schlimm wie: «Wie ich mein Geld anlege, bestimme ich allein.» So plump kann man das doch nicht bringen! Da würde wohl jede/r merken, dass man für Geld erst mal eine Weile arbeiten oder es von spiessigen Verwandten erben müsste. Dass man sich mit Anlegen wohl kaum alleine auskennt. Und dass dann so unkuhle Entitäten wie sparen, Bankschalter und Anlageberater ins Spiel kommen. Aber investieren, momoll, womöglich im Pyjama vom Sofa aus – weischwiegeil!

Ina Müller

Reklame

p.s.

ICH BESTELLE

___ Probeabo 5 Wochen kostenlos
___ Jahresabo für 230 Franken
___ Gönnerabo ab 300 Franken
___ Abo für Menschen mit wenig Geld (100.–)

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich, aboservice@pszeitung.ch